

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1920

74 (25.6.1920)

Er erscheint
Montag, Mittwoch
und Freitag.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen
monatlich 2.35 Mk.,
am Postfalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unseren Ausräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 2.50 Mk.
Der Bezugspreis ist im Vor-
aus zu entrichten.
Einzelnnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28-5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gegründet
1839

General-Anzeiger für das
Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die
Beitragteile (42 mm breit)
50 Pfg., bei Blagvorchrift
60 Pfg., im textlichen Teil
(87 mm breit) 1.30 Mk., bei
Blagvorchrift 1.60 Mk. Bei
Wiederholung tarifrester
Rabatt, der bei Nichter-
haltung des Zieles, bei gericht-
lichen Betreibungen und bei
Konkurrenzen außer Kraft tritt.
Erfüllungsort Sinsheim.

Schluss-Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., umfangreichere
Anzeigen wolle tags zuvor
aufgegeben werden.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6908

Nr. 74.

Freitag, den 25. Juni 1920.

81. Jahrgang

Das Wichtigste.

Die Fortführung der finanziell bedrängten badischen Nebenbahnen soll nach dem Beschlusse des Haushaltsausschusses des Landtags durch Gewährung von Voranschüssen ermöglicht werden.

In der Müllheimer Gegend ist eine Ueberwachungs-Kommission des Feindbundes tätig, die ihren Sitz in Badenweiler hat und die Durchführung der Versämler Bestimmungen hinsichtlich der Truppen in der neutralen Zone überwacht.

In Württemberg wurde der Kultusminister und demokratische Abg. Dr. v. Hieber zum Staatspräsidenten gewählt.

Im Arbeitsplan des Reichstags ist für Freitag die Präsidentenwahl vorgesehen. Die Sozialdemokratie wird als Reichstagspräsidenten den Abg. Löbe vorschlagen.

Dem Reichstag wird ein Etatnotgesetz mit detaillierten neuen Ausgaben in beträchtlicher Höhe zugehen, da alle Voranschläge überschritten worden und die Einnahmen stark zurückgegangen sind.

Die Konferenz in Boulogne ist Dienstag beendet worden. Für den Fall, daß Deutschland die Bedingungen des Friedens nicht erfüllt, sind neue Besetzungen vorgesehen.

Die Ententebotschafter für Berlin sollen ihre Ämter am 1. Juli antreten.

In Ulm und Ravensburg und in Krefeld haben schwere zum Teil blutige Ausschreitungen wegen Lebensmittelteuerung stattgefunden.

Deutschland hat bei Belgien scharfen Protest gegen die wiederholten deutschfeindlichen Kundgebungen in belgischen Städten erhoben.

In Berlin hat abermals ein französischer Soldat eine Gewalttat gegen ein Mädchen unternommen. Der Täter konnte nur mit Mühe vor der Lynchjustiz der erregten Menge geschützt werden.

Fortbestand der Regierungskrise.

Die deutsch-demokratischen Fraktionsvorsitzenden.
Berlin, 23. Juni. Die Regierungskrise hat bis heute abend nicht die geringste Veränderung erfahren. Man hatte von der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ein wesentliches Ergebnis erwartet. Die Sozialdemokraten sind jedoch ohne einen Beschluß und ohne eine Erklärung an die anderen Parteien auseinandergegangen. Infolgedessen blieb der gleichfalls zusammengesetzte deutsch-demokratische Fraktion auch nichts zu tun. Sie beschränkte sich darauf, ihren Vorstand zu wählen. Zum 1. Vorsitz wurde Schiffer gewählt, zum 2. Vorsitz Petersen, zum 3. Erkelenz. Als weitere Vorstandsmitgl. wurden gewählt: Bäumer, Dr. Haas, Wieland, Dernburg, Haubmann, v. Siemens, Kerschbaum. Als Geschäftsführer der Fraktion wurde gewählt Weinhausen, als Schriftführer Velius. In den Vorständen wurden außer den Vorsitzenden als Stellvertreter delegiert: Gothein, Pachnacke und Weinhausen.

Fehrenbach verhandelt weiter.

Berlin, 24. Juni. Reichskanzler Fehrenbach hat bereits heute vormittag erneut mit den Parteiführern verhandelt und man hofft in parlamentarischen Kreisen, daß trotz aller neuen Schwierigkeiten der „bürgerliche Block der Mitte“ die Regierung übernehmen wird. Reichspräsident Eberth dürfte seinen ganzen Einfluß bei den Mehrheitssozialdemokraten geltend machen, um sie umzustimmen. Heute nachmittag 5 Uhr werden die Mehrheitssozialisten in ihrer Fraktionsitzung einen Beschluß fassen, der über die gestrige Entscheidung hinausgehen dürfte. Die Demokraten treten heute nachmittag um 6 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen, um sich mit dem Ergebnis der neuen Beratungen der Mehrheitssozialdemokraten zu befassen. Die Deutsche Volkspartei ist der Ansicht, daß man unbedingt über die Krise hinwegkommen müsse. Aus diesem Grunde dürfte sie bereit sein, sich mit der Besetzung des Justiz-, Schatz- sowie Wirtschaftsministeriums, die für sie in erster Linie in Frage kommen zufrieden zu geben. Auch das Zentrum tagte heute vormittag. Hier, wie in den anderen Fraktionsitzungen, sprach man die Ueberzeugung aus, daß an der Personenfrage die Koalition nicht scheitern dürfe.

Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Fehrenbachs Fortschritte in der Kabinettsbildung ist nach Informationen des „Vorwärts“ nicht unberechtigt. Allerdings wird es, wie die „Vossische Zeitung“ meint, nicht möglich sein, bis zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. Wie sehr auch die Verzögerung in der Krise zu bedauern sei, so gering sei die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und auch morgen ohne die neue Regierung behelfen müsse. Zunächst habe er mit sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung das Präsidium wählen.

Da durch das Verhalten der linksunabhängigen eine Kombination, in der die sozialdemokratische Arbeiterchaft verstärkten Einfluß gehabt hätte, wie der „Vorwärts“ schreibt, aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschlossen ist, und da ferner die Wiederherstellung der alten Koalition gegenwärtig als unmöglich betrachtet wird, und da schließlich eine Regierung weber wünschenswert, noch möglich sei, in der die äußerste Reaktion ausschlaggebenden Einfluß besäße, sei tatsächlich

nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich. Diese auf die Beine zu stellen, sei Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Werdeprozeß der neuen Regierung zu fördern. Sie unterlasse es, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Auch am späten Abend haben die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts ihren Fortgang genommen, ohne daß irgend eine Stockung eingetreten wäre. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien eine Uebereinstimmung erzielt worden, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Ämtern verbleiben. Die Besetzung des Ministeriums des Auswärtigen mit dem früheren Ministerialdirektor Simon hat allgemeine Zustimmung gefunden. Infolge der endgültigen Abgabe des Geheimrats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt. Der Abg. Becker-Hefsem hat aus persönlichen Gründen die Uebernahme eines Amtes ablehnen müssen. Der Minister Stegerwald, der für das Arbeitsministerium in Frage kam, hat gewünscht, sein preußisches Portefeuille zu behalten. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Abgeordnete Becker-Ursberg hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm abzusehen zu wollen.

Die Kölnische Volkszeitung über das Verhalten der Sozialdemokratie.

Köln, 23. Juni. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt zu der gegenwärtigen Krise: „Es verrät einen unglaublichen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, wenn der „Vorwärts“ mit einer gleichgültigen Handbewegung erklärt, die drei Parteien müßten selber sehen, wie sie aus der kritischen Situation wieder herauskämen, wenn anders sie nicht den Beweis erbringen wollen, daß das Bürgerium in Deutschland überhaupt nicht mehr imstande sei, eine Regierung zustande zu bringen. Eine derartige Äußerung ist geeignet, den bürgerlichen Block, an den außer den Deutschnationalen bisher niemand recht heranwollte, geradezu zu provozieren.“

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 23. Juni. Der Arbeitsplan des morgen zusammen tretenden Reichstags ist zunächst folgender: In der ersten Sitzung am Donnerstag soll die Konstituierung des Hauses erfolgen, die in dem Namensaufruf besteht. Für Freitag ist die Präsidentenwahl vorgesehen. Inwieweit durch die Senorenkonvent Sitzungen abgehalten, um die Verteilung der Ämter des Hauses vorzubereiten. Bisher präsentieren die Sozialdemokraten für den Posten des Präsidenten, auf den sie als stärkste Fraktion Anspruch erheben, den bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung Löbe. Das Zentrum bringt für die ihm zufallende Vizepräsidentenstelle den Reichsminister a. D. Dr. Bell in Vorschlag. Ueber die Besetzung der weiteren Vizepräsidentenposten ist noch nichts bekannt. Kommt die neue Regierung bis Samstag zustande, so soll an diesem Tage die Vorstellung des Kabinetts und die Programmklärung des Reichskanzlers erfolgen. Das Haus wird sich dann einige Tage vertragen und wegen des auf den nächsten Dienstag fallenden katholischen Feiertages erst am Mittwoch wieder zusammentreten, an welchem Tage dann die politische Aussprache beginnt.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 24. Juni. Bei vollbesetzten Tribünen beginnt die erste Plenarsitzung des neuen Reichstages heute pünktlich 1/4 nach 3 Uhr. Die neuen Reichsboten sind überraschend vollzählig zur Stelle. Der Saal erweist sich immer noch als zu klein für die Fülle der neuen Gesichter. Eine Anzahl hat keinen Sitz und muß sich mit einem Stehplatz an der Wand behelfen. Die Regierungsbank ist leer, der neue Reichskanzler ist nicht anwesend. Später stellt sich Herr Koch ein. Der Vizepräsident, Herr Schneidermeister Kieckel, ein Mehrheitssozialist aus Braunschweig, übernimmt kraft seiner 77 Jahre die Leitung dieser ersten Sitzung. Er wählt sich ein provisorisches Büro und dann beginnt der Namensaufruf. Damit dürfte die Aufgabe der heutigen Sitzung erledigt sein.

Erzberger und die Zentrumsfraktion.

Berlin, 24. Juni. In der Frage, wie es sich mit dem gemäßigten Erzberger abzufinden habe, hat das Zentrum einen praktischen Ausweg gefunden. Die Germania teilt mit: „Wie wir hören, ist dem Reichsfinanzminister a. D. Erzberger in diesen Tagen das Urteil in seinem Prozeß gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich zugegangen. Herr Erzberger hat dagegen Revision eingelegt. Das Urteil ist also noch nicht rechtskräftig geworden. Das Revisionsgericht kann entweder die Revision verwerfen oder das Urteil aufheben und die Angelegenheit zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz oder an ein anderes Gericht zurückverweisen. Wie wir weiter hören, wird Herr Erzberger während der Sommerferien den Verhandlungen des Reichstags aus Gesundheitsrücksichten fernbleiben.“

Das Etatnotgesetz.

Berlin, 23. Juni. Dem Reichstag wird ein Etatnotgesetz mit detaillierten neuen Ausgaben in beträchtlicher Höhe zugehen, da alle Voranschläge überschritten worden und die Einnahmen stark zurückgegangen sind. Zunächst werden vom Reichsfinanzministerium neue Kreditvorlagen in Höhe von 1470 Millionen Mark für die Zeit Juli bis September 1920 angefordert, die infolge der Defizite bei den einzelnen Ressorts, namentlich bei Eisenbahnen, Post, Wiederaufbau und Kriegsfolgen, in Erscheinung getreten sind. Bei Beratung dieser Forderungen soll auch die augenblickliche Reichssteuerpolitik einer Besprechung unterzogen werden, da das neue

Lohnabzugsverfahren die Gefahren neuer Streiks und neuer Lohnforderungen heraufbeschwört.

Dr. v. Hieber württembergischer Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. Zum württembergischen Staatspräsidenten wurde in der heutigen Sitzung des Landtags Kultusminister Dr. v. Hieber (D. d. P.) mit 52 Stimmen gewählt. Weitere Stimmen erhielten: Rechtsanwalt Kraut (Bürgerpartei) 27 Stimmen, Finanzminister Fischenberg 1 Stimme. Die USP. enthielt sich der Stimmabgabe.

Ein Verbleiben oder eine Neuwahl des bisherigen sozialdemokratischen Staatspräsidenten Bloss kam nicht mehr in Frage, da, wie berichtet, die sozialdemokratische Parteikonferenz mit 56 gegen 27 Stimmen leider beschlossen hat, an der neuzubildenden Regierung nicht mehr teilzunehmen. Da weiter das Zentrum abgelehnt hatte, den Staatspräsidenten zu stellen — aus seinen Reihen stammt aber der jetzige Landtagspräsident Walter —, war die Deutsche demokratische Partei hierzu berufen. In Frage kamen Payer, der absagte, und Hieber. Dieser, einer der besten Köpfe des Schwabenlandes, war der Führer der früheren Nationalliberalen Partei und ist noch der zweite Vorsitzende des Evangelischen Bundes. Auf Grund der demokratischen Reichswahlliste war er am 6. Juni in den Reichstag gewählt worden. Ob er das Mandat neben seinem neuen Amt beibehalten wird steht noch dahin.

Deutsche Finanzverhandlungen mit Dänemark.

Berlin, 24. Juni. Wie „Politiken“ mitteilt, sind in Dänemark außerordentlich hohe Beträge in deutscher Mark vorhanden, wahrscheinlich zwischen 800 Millionen und zwei Milliarden. Augenblicklich finden nun Verhandlungen zwischen dem Berliner Kommerzienrat Lehner und dänischen Banken statt zwecks Errichtung eines Bankinstitutes, das die Umwandlung der unfruchtbaren Markbeträge in zinsenbringende deutsche Wertpapiere bewirken soll. Auch in Holland, Schweden und der Schweiz sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Die dänische Zeitschrift „Finanz-Tidende“ meint, man müsse dem Gedanken zustimmen und schreibt: Für Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, daß sein Finanzwesen konsolidiert wird, und alle, die an der Sache beteiligt sind, sind auch interessiert daran, daß Deutschland geholfen wird. Für Dänemark ist es außerordentlich bedeutungsvoll, daß Deutschland wieder kauft und ausfuhrfähig wird. Dänemark befindet sich in einer Krise, die in mancher Hinsicht eng mit der deutschen Krise verquickt ist. Wenn Deutschland den ersten Schritt tut und durch eine Finanzreform Aussicht für die Tilgung des Papiergeldes schafft, so würde unzweifelhaft die Durchführung der Pläne im Norden und auch in den anderen Ländern sehr erleichtert werden. Auch von den anderen nordischen Ländern verdienen die Pläne einer Umwandlung der Markguthaben wohlwollende Prüfung.

Verbesserte Kohlenversorgung Süddeutschlands.

Mannheim, 24. Juni. Unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium und unter Teilnahme von Vertretern vom Reichsverkehrsministerium und des badischen Arbeitsministeriums fanden am 23. ds. Mts. im Rathaus zu Mannheim zwischen den Vertretern der an der Rheinischhaffahrt beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen Verhandlungen statt, die für die Kohlenversorgung Süddeutschlands von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Nach längeren Beratungen schlossen die Vertreter der Organisationen ein Uebereinkommen ab, wonach die Arbeitnehmer in der Rheinischhaffahrt bereit sind, jeden Tag während der Fahrt zwei Stunden Ueberarbeit zu leisten. Sie erhalten zu dem tariflichen Zuschlag im Monat vier Pfund Fett zu demselben verbilligten Preise, den die Ruhrbergleute zahlen. Die Einzelheiten der Verteilung des Fettes werden durch eine paritätische Kommission festgesetzt, die sofort zusammentreten und dem Reichsarbeitsministerium entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Die Vereinbarung soll für alle Mitglieder der beiderseitigen Verbände Geltung haben. Soweit für Umschlagsarbeiten Ueberarbeit notwendig wird, sollen auch diese Arbeitnehmer-Kategorien entsprechende Zuwendungen an Fett erhalten. Das Uebereinkommen bedarf nur noch der formellen Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen.

Das Ergebnis von Boulogne.

Haag, 23. Juni. Der französische Finanzminister Marfall hat gestern den französischen Journalisten gegenüber erklärt, daß die finanziellen Fragen in bezug auf Deutschland geregelt seien. Am 5. Juli werde man die deutschen Vertreter in Spaas erwarten, wo sie ihre Vorschläge machen könnten, denn man werde nicht nur Vorschläge machen, sondern auch von ihnen selbst welche fordern. Am Friedensvertrag werde nichts geändert werden. Dagegen meldet der Pariser Mitarbeiter des Handelsblades, die Erfolge des ersten Tages der Zusammenkunft in Boulogne seien in Paris mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Man freute sich über die vertrauensvolle Stimmung und über die Einstimmigkeit in der Notwendigkeit der Zusammenarbeit, aber man sei geteilter Meinung über die Beschlüsse, die am ersten Tage bereits getroffen worden seien. Es scheinen nur zwei endgültige Beschlüsse gefaßt worden zu sein, nämlich bezüglich der Entwaflung Deutschlands und der Haltung gegenüber der Türkei. In der ersten Frage sei es nicht schwierig gewesen, zu einer Uebereinstimmung zu kommen.

Was die Türkei angehe, so lasse die Tatsache, daß der Türkei die Frist für die Antwort über den Friedensvertrag verweigert wurde, die Schlussfolgerung zu, daß der Vorschlag von Venizelos angenommen worden sei und daß deshalb die griechischen Truppen den Kampf in Kleinasien beginnen würden. Am Dienstag wurde beschlossen, daß erst nochmals mit

der Türkei verhandelt werden soll. Lloyd George aber wollte von keinem Aufschub wissen und der Wille Lloyd Georges scheint sich durchgesetzt zu haben. Ueber die finanzielle Frage scheint noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden zu sein. Vorläufig bleiben die in Hythe getroffenen Beschlüsse unberührt. Ministerpräsident Millerand wird sofort nach seiner Rückkehr über das Ergebnis der letzten Konferenzen in Hythe und Boulogne für Mer der Kammer Mitteilung machen. Er ist gestern abend in Begleitung von Marschall Foch in Paris eingetroffen.

Die Vernichtung des Kriegsmaterials.
Berlin, 23. Juni. In Erfüllung des Friedensvertrages sind die Bestände an Geschützen, Gewehren und Munition weiter vermindert worden. Die Reichstreuhandgesellschaft hat von den ihr übergebenen 1 742 000 Gewehren bis jetzt 1 380 000 verschrotet, von den 40 800 Maschinengewehren 24 500 und von 35 500 Geschützen 19 400. Außerdem sind große Mengen Gewehr- und Maschinengewehr-Munition, Handgranaten, Sprengstoffe, Artilleriegeschosse vernichtet worden. Auch die Schließung sämtlicher Festungen außer Bissau, Swinemünde, Königsberg, Ulm, Rüstern, welche Deutschland nach dem Friedensvertrage noch halten darf, ist in Arbeit und dürfte terminmäßig beendet werden.

Der Boykott gegen Ungarn.

Ungarn ruft Englands Hilfe an.
Wien, 23. Juni. Die ungarische Regierung hat sich nach der Meldung eines Wiener Blattes wegen des Boykottes an die englische Regierung gewendet mit der Bitte um Vermittlung. Die Antwort lautete ungefähr, man rate der ungarischen Regierung, ein aus allen Schichten der Bevölkerung, aus Bauern, Bürgern und Arbeitern zusammengesetztes Kabinett zu bilden; ohne ein solches Kabinett vermöge die englische Regierung keinen Schritt zu unternehmen. Nach demselben Blatte trifft es nicht zu, daß die deutschen Gewerkschaften die Durchführung des Amsterdamer Boykottbeschlusses verweigert hätten. Die Berliner ungarische Vertretung erklärt eine längere Erklärung, in der gesagt wird, der internationale sozialdemokratische Gewerkschaftsbund haben den Boykott aus Gründen verhängt, die sich teils auf Unrichtigkeiten, teils auf erdichtete oder maßlos übertriebene Angaben stützten.

Vor einer Regierungsumbildung in Ungarn.
Budapest, 23. Juni. Wie in der christlich-nationalen Vereinigung mitgeteilt wurde, wird die Regierung am Sonntag oder Montag demissionieren, um dem Reichsverweser und der Nationalversammlung Gelegenheit zu geben, eine der gegenwärtigen politischen Konstellation entsprechende Regierung zu bilden.

Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 24. Juni. Das Sekretariat hat dem Großwesir eine Note zugestellt, in der ihm eröffnet wird, daß die der Türkei zugestandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen zu dem Friedensvertrag am 26. Juni abläuft, und daß eine Fristverlängerung nicht zugestanden werden könne.

England wird zum Erzfeind der Türkei erklärt.
Amsterdam, 24. Juni. Die „Times“ bringt in einer Konstantinopeler Meldung einen Bericht über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal. In dieser Sitzung wurde England als der Erzfeind der Türkei erklärt und beschlossen, daß die Nationalisten sich dem türkischen Friedensvertrag bis zum letzten Augenblick widersetzen würden.

England und Frankreich gegen Kemal Pascha.
Bafel, 23. Juni. Der „Temps“ meldet: In einer Vorbesprechung zwischen Lloyd George und Millerand in Boulogne wurde eine Einigung hinsichtlich der türkischen Frage erzielt. Frankreich wird davon absehen, seine Truppen, wie beabsichtigt, aus Syrien und Cilicien zurückzuziehen. Es ist beabsichtigt, eine gemeinsame britisch-französische Militärdaktion gegen Kemal Pascha zu unternehmen, um den Friedensvertrag der Türkei durchzuführen. — „Corriere della Sera“ meldet: Der Kampf um Ismid tobt fort. Die Truppenmacht Kemal Paschas beträgt 36 000 Mann; ihnen stehen 30 000 Mann des englischen Schwarzen Meer-Heeres gegenüber, wovon ein Drittel englische Soldaten. Die englisch-ägyptischen Truppen, die östlich Konstantinopel kämpfen, ziehen sich schrittweise auf die Basis Konstantinopel zurück. — „Secolo“ und „Corriere della Sera“ bringen Telegramme über eine ernsthafteste Niederlage des britisch-ägyptischen Heeres, das 50 Kilometer östlich Konstantinopel in eine Abwehrschlacht gegen die Streitmacht Kemal Paschas verwickelt ist. Unter den türkischen Regierungstruppen sind Meutereien ausgebrochen; einzelne Formationen lösten sich auf. — „Daily Express“ meldet aus

Konstantinopel: Der britische Oberkommandierende der Orienttruppen hat über Konstantinopel und die Darbanelen den verschärfsten Kriegszustand erklärt. Ein Anschlag der britischen Militärbehörde in Stambul besagt, es bestehe die Gefahr, daß Konstantinopel und seine engere Umgebung Operationsgebiet werde. Man müsse mit ersten Zusammenstößen zwischen den alliierten Streitkräften und einer auf Konstantinopel strebenden Truppenmacht Kemal Paschas rechnen.

Die Engländer räumen Batum.
Konstantinopel, 23. Juni. Die Engländer haben sich veranlaßt gesehen, die Marinebasis, die sie im Hafen von Batum errichten wollten, wieder aufzulösen. Die Ursache liegt darin, daß nicht genügend Truppen für eine Verteidigung im Kaukasus zur Verfügung stehen. Batum soll daher schnell geräumt werden. Die frei werdenden Truppen werden alle nach Mesopotamien geschickt, wo England die Verbindung zwischen der Küste und der persischen Grenze sichern will. Die Aufgabe von Batum bietet den Russen jetzt Gelegenheit, mit den türkischen Nationalisten in Armenien eine geschlossene Front herzustellen. Für die Entente haben sich die Verhältnisse verschlechtert. Die Zusammenarbeit zwischen den englischen und französischen Truppen ist nicht mehr möglich, da England sich auf die Verteidigung seiner eigenen Interessen beschränkt. Das scharfe Vorgehen der Nationalisten in Kleinasien, wo sie sich in scharfe Gefechte mit den Engländern und Franzosen einlassen, ist ein Beweis dafür, daß sie auf die vom Kaukasus mögliche Unterstützung rechnen.

Japan, Korea und China.
Peking, 23. Juni. In Korea sind neue Unruhen ausgebrochen als die Zahl der japanischen Garnisonen verringert wurde. In heftigen Kämpfen zwischen japanischen Truppen und koreanischen Aufständischen erlitten die Japaner starke Verluste. Bei der Verfolgung flüchteten die Koreaner auf chinesisches Gebiet, wurden aber von den Japanern weiter verfolgt bis die chinesischen Grenztruppen sich gegen die Japaner zur Wehr setzten. Der japanische Kommandant vertrat die Ansicht, daß er zum Ueberschreiten der chinesischen Grenze berechtigt sei. Der Vorfall hat große Aufregung verursacht. Die chinesische Regierung hat in Tokio protestiert. In Korea gilt die Lage als sehr ernst. Ueber ganz Korea ist der Kriegszustand erklärt worden. Japanische Kriegsschiffe trafen von Wladiwostok an der koreanischen Küste ein. Die chinesische Nordarmee hat am gelben Fluß die südlichen Truppen in die Flucht geschlagen. In Peking wird der Rücktritt der Regierung erwartet. Die japanische Gesandtschaft mußte von chinesischen Truppen gegen die aufgeregte Menge geschützt werden. Ein japanisches Geschwader traf im Golf von Chi-Li ein.

Die Wiederanhebung des deutsch-englischen Handels.
Paris, 22. Juni. Nach Londoner Meldungen erklärte der Handelsminister gestern im englischen Unterhause, für die Einfuhr deutscher Ware nach England beständen keine Beschränkungen mehr. In den Monaten Februar, März und April seien für 5 450 000 Pfd. Sterling Waren eingeführt worden. Davon entfalle nichts auf das Konto der Wiedergutmachung. England habe in der gleichen Zeit für 5 400 000 Pfd. Sterling ausgeführt; darunter befanden sich 9% Lebensmittel, etwa 40% Rohmaterialien und 45% fertige Artikel.

Wiederaufnahme des deutsch-brasilianischen Handelsverkehrs.
Mailand, 22. Juni. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, hat sich dort ein Verband deutsch-brasilianischer Handelsfirmen gebildet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland in die Wege zu leiten.

Besserung der deutschen Marktwaluta.
Zürich, 22. Juni. Das Zustandekommen eines bürgerlichen Regierungsblochs in Deutschland hat auf die deutsche Marktwaluta günstig eingewirkt. Die Züricher Börse notierte heute vormittag die deutsche Mark mit 15½.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.
Berlin, 24. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Rassenärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, führten zu einer völligen Uebereinstimmung. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzuheben ist.

Zusammenschluß der thüringischen Möbelindustrie.
Halle, 22. Juni. Die Möbelindustriellen von Neustadt, Böhneck und Nachbarorten, die wegen Mangels an Aufträgen vor der Schließung ihrer Betriebe stehen, gründen zur Erlangung von Auftragsaufträgen und zur Uebernahme von Arbeiten für das Wiederaufbaugelände eine Arbeitsgemeinschaft. Die deutsche Regierung protestiert gegen die deutschfeindlichen Kundgebungen in Belgien.

Basel, 22. Juni. Wie die Pressinformation aus Paris meldet, wird die deutsche Regierung in Brüssel Protest erheben gegen die deutschfeindlichen Kundgebungen, Bedrohungen und Angriffe in Antwerpen und anderen Städten.

Die Transportarbeiter und der Krieg.
Amsterdam, 23. Juni. Der Vollzugsausschuß des Internationalen Transportarbeiterbundes hat an die Transportarbeiter und Eisenbahner-Organisationen aller Länder eine Mitteilung gerichtet, worin sie unter Hinweis auf die von dem Kongresse in Kristiania angenommenen Resolutionen gegen Krieg, Militarismus und Kapitalismus aufgefordert werden, über folgende zwei Punkte Bericht zu erstatten: 1. Ob die Organisationen bereit sind, die in den Resolutionen niedergelegten Gedanken und Forderungen zu propagieren, 2. ob sie bereit sind, im Falle eines drohenden Krieges einem eventl. Aufruf des Generalrates des internationalen Transportarbeiterbundes zum Generalstreik in allen Transportbetrieben Folge zu leisten.

Aus den besetzten Gebieten.
Ein neues französisches Gewaltverbrechen.
Landau, 24. Juni. Das Kriegsgericht in Landau verurteilte die Redner der Protestversammlung vom Dienstag, den 15. d. Mts. in Ludwigschafen a. Rh., Baum zu sechs Monaten und 10 000 Mk., Fischer zu neun Monaten und 10 000 Mk. und Raufschert zu acht Tagen Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe. Vielleicht öffnet dieses barbarische Urteil, das gewiß nicht wegen alldeutscher Propaganda und Korruption ausgesprochen wurde, manchen Leuten die nicht sehen wollten, die Augen.

Wieder eine Schandtat eines französischen Kolonialsoldaten.
Ludwigschafen, 22. Juni. Auf dem Feldwege, der von Maudach nach Rheingörsheim führt, wurde die 35 Jahre alte Modellschneidersfrau Therese Becker von Maudach, die ihr 5 Jahre altes Söhnchen bei sich führte, von einem französischen Kolonialsoldaten angehalten. Er machte sich an ihr zu tun, die Frau schrie um Hilfe, worauf ihr der Unhold mit dem Griff des Seitengewehrs ins Gesicht schlug und ihr einen Stich in den Unterleib versetzte. Schließlich warf er die Frau zu Boden und vergewaltigte sie in Gegenwart des Kindes. Bei dem Soldaten befand sich ein Sergeant derselben Besatzungstruppe, er schritt aber gegen ihn nicht ein. Die beiden Soldaten hatten sich zuvor in Maudacher Wirtschaften herumgetrieben und verlicherten mit französischen Franken zu bezahlen, die sie mit 6.50 Mark angerechnet haben wollten. Die Täter sind ermittelt.

Der Lohnabzug im besetzten rheinischen Gebiet verboten.
Köln, 23. Juni. Auf Anordnung des britischen Bezirksdelegierten der internationalen Rheinlandskommission darf der auf Grund der Einkommensteuer vom 29. März 1920 von den Arbeitgebern einzubehaltende 10 Prozent Lohnabzug im besetzten Gebiet bis auf weiteres nicht erfolgen.

Französische Justiz an „Kriegsverbrecher“.
Meß, 22. Juni. Vom Kriegsgericht in Meß wurde in Absentia der Major Courtoirier vom 4. bayerischen Infanterieregiment zu 15 Jahren Zwangsarbeit und der Hauptmann von Chalemer vom 65. preußischen Infanterie-Regiment zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil sie 1914 die Plünderung eines französischen Gutshofes verschuldet haben sollen.

Teuerungskrawalle und Ausschreitungen.
Die blutigen Unruhen in Ulm und Ravensburg.
Stuttgart, 23. Juni. Ueber die Unruhen in Ulm und Ravensburg erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Massenversammlungen in Ulm hatten zunächst einen durchaus ruhiger Verlauf genommen, aber später zeigte es sich immer mehr, daß die Massen den Führern keine Folge leisten wollten. Man zog in Massen vor das Oberamt, wo auch der Kommunalverband untergebracht ist. Amtmann Rippmann wurde vor die Tür gezwungen und mit einem Strick um den Hals gedrosselt. Sodann zog die Menge vor das Rathaus, wo sich blutige Auftritte abspielten. Oberbürgermeister Dr. Schwannberger wurde von den in das Rathaus eingedrungenen Demonstranten durch Schläge auf den Kopf schwer mißhan-

Melita.
Roman von Rudolf Eich o.
Nachdruck verboten.
15
Die Konsuls Ansprache fand beifällige Aufnahme selbst bei denen, die ihm grölten. Er verfügte als Redner über einen biedereren Ton und die Haltung eines herzhaften, den Kampf nicht scheuenden Mannes.
Oldenburg erklärte in scherzhaftem Tone, die Zuverlässigkeit des geehrten Vortragednen habe ihn aus dem Konzept gebracht, aber doch erfreut, denn so sei ihm die Mühe erspart worden, einen eigenen Antrag zu stellen und zu begründen. Er wolle nur noch bemerken, daß er keinen jungen Kaufmann kenne, der sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdiger gezeigt habe und der seiner Firma bessere Dienste geleistet habe, als Wolfgang Fries. Er bitte dringend, den soeben gestellten Antrag anzunehmen.
Dies geschah einstimmig, auch wurde nach Oldenburgs Vorschlag das Gehalt des neuen Leiters bemessen.
Als dieser wieder in die Versammlung trat und deren Beschluß erfuhr, wurde sein gebräuntes Gesicht bleicher, aber er antwortete mit fester Stimme: „Ich nehme das Amt mit herzlichem Dank für das mir geschenkte Vertrauen an und verspreche Ihnen, meine Pflicht zu tun.“
Bei der Untersuchung des Defizits der Gesellschaft ging Wolfgang gründlich zu Werke. Um eine feste Grundlage zu gewinnen, forderte er von Dr. Brendel, dem technischen Leiter der Plantagen, noch eine genaue Aufstellung der Jahresproduktionen und ihrer Verwertung. Bis zum Eintreffen dieser Auskünfte aus Costa Rica übernahm er die ausländische Korrespondenz der Firma Oldenburg. Der alte Handelsherr wies ihm ein Arbeitszimmer neben dem seinigen an. Dahin ließ er auch die Geschäftsbücher und Kasse der Plantagengesellschaft überführen.
Fries hatte sich im Auslande Sprachkenntnisse erworben, die es ihm ermöglichten, jeden Auftrag seines Chefs zu dessen voller Zufriedenheit auszuführen. Durch die gemeinsame Arbeit aber bildete sich in kurzer Zeit ein intimer Verkehr zwischen dem durch seinen Patryerstolz etwas vereinsamten alten Herrn und dem beschiedenen, lernbegierigen jungen Kaufmann heraus, dem es bald gelang, durch kluge Beurteilung schwieriger Fra-

gen die Wertschätzung seines Chefs zu steigern. Eines nur bedrödete diesen, und das war der tiefe, an Trauer streifende Ernst seines jungen Freundes.
Eines Tages legte er seine Hand auf dessen Arm und sagte: „Was fehlt Ihnen eigentlich, lieber Fries? Ihre Stimme klingt matt, und das Lachen scheint Sie ganz verlernt zu haben, dabei arbeiten Sie mit einem Eifer, als wollten Sie Gefahren abwenden. Haben Sie vielleicht — etwas Liebes in China zurückgelassen?“
Erstötend schüttelte der junge Mann den Kopf. „Nein, Herr Oldenburg. Ich bin — Naturstimmung leicht zugänglich hab' so lange unter einem heiteren Himmel gelebt, daß mich die nordischen Herbstnebel bedrücken. Mir fehlt die Sonne.“
Ein Strahl jener Sonne, die der verlegene Fries in Wahrheit vermehrte, fiel acht Tage später in Gestalt eines düstigen Briefchens auf seinen Schreibtisch. Er kam von Melita und lautete:
„Lieber Reisegefährte!
Sie enträufeln mich und Mama schmerzlich. Wir hatten gehofft — nein, sogar bestimmt erwartet — unsere auf dem Wasser angeknüpfte Bekanntschaft werde sich auf dem Festlande zu einem Freundschaftsbunde entwickeln, statt dessen meiden Sie uns wie sengendes Feuer. Auch unsere liebe Nachbarin, Frau Laurens, wundert sich über Ihr Fernbleiben. Hat Sie etwas in unserm kleinen Kreise verstimmt oder verlernt? Sind Sie am Ende gar erkrankt? Ihre Zurückhaltung beunruhigt mich, und ich bitte Sie herzlich, meine Befürchtungen durch Gewährung folgender Bitte zu zerstreuen:
Papa wollte Frau Laurens und mich morgen in die Oper führen. Verbis „Aida“, die ich noch nicht kenne, wird aufgeführt. Nun ist jedoch ein Telegramm eingetroffen, das Papa zu einer Reise nach London zwingt. Mama kann uns statt seiner nicht begleiten, weil sie die Theaterluft nicht verträgt. Da dachte ich mir, vielleicht wird unser gütiger Reisegefährte uns doperanteren und uns durch sein Erscheinen von allen Befürchtungen befreien. Bitte, bedienen Sie sich des beiliegenden Logenbilletts und treffen Sie uns im Vestibül des Theaters, sofern Sie es nicht vorziehen, uns aus der Villa abzuholen, und meiner Mama, die Sie sehr schätzt, guten Tag zu sagen. Auf freundliche Erfüllung meiner Bitte zählend, grüßt Sie herzlich Ihr treue ergebene Melita Wismar.“

Das Schreiben setzte den Leser in Verwirrung. Er fragte sich: Hat die Eifersucht dich so verblendet, daß du in jenen Blicken, die Melita mit Preßl austauschte, ein Liebesgefühl zu erkennen glaubtest, während viellecht nichts anderes daraus sprach, als jugendliche Mädchenwachheit für die Gefangenschaft oder Dankbarkeit für Preßls poetische Huldigung? — Wie aber, wenn dieser Brief nur ein Spiel der Koketterie einleitete? — Er rief sich Melitas ehrliche Augen und ihre sein Herz so warm berührende Sprache in die Erinnerung zurück, und sofort schwand dieser Verdacht. Nein, verteidigte er sie vor sich selber, ein Weib, das arglos wie ein Kind in die Welt blickt, dessen ganzes Wesen Reinheit und Edelmummet, kann nicht falsch sein!
Zweifeln lauschte er auf die geheimen Regungen seiner Seele, und seine Hoffnung richtete sich wieder auf, wie die junge Saat nach schweren Regengüssen. Ja, er wollte um ihren Besitz kämpfen, denn ohne sie war sein Leben wertlos. Telephonisch beantwortete er sofort den Brief mit einer Dankagung und der Angabe, daß er rechtzeitig in der Villa eintreffen werde.
Den Anstoß zu ihrem Entgegenkommen hatte das junge Mädchen aber durch ihren Vater erhalten. Dieser hatte eine Stunde vor der Abreise sein Lächeln in ein Müßigzimmer aufgesucht und sie an Preßls Seite gefunden. Das junge Paar war in eine so trauliche Unterhaltung verstrickt, daß es bei des Konsuls Eintritt erschräkt auffuhr. Der junge Mann entfernte sich bald, und der Konsul nahm seinen Platz ein. Mit ironischer Gelassenheit stellte er die Frage: „Wie weit sind — wenn ich fragen darf — deine Beziehungen zu diesem schönen Sänger und Mädchenfänger gediehen? Hat er dir bereits Herz und Hand angetragen?“
Melita schlug erstönd die Augen nieder, überwand aber bald ihre schämige Verlegenheit. „Aber Papa! Sultan ist doch kein Mädchenfänger. Er liebt mich — mich allein.“
„Sol!“ — Der Konsul zog das Wörtchen sehr in die Länge. „Und welche Zukunft hat er dir in Aussicht gestellt?“
„Zukunft?“ — Sie geriet abermals in Verwirrung. „Am ehesten zu sein, Papa!“ — jehi glüht ein sorgloses Lächeln über ihr rösiges Gesicht — „betriffs der Zukunft — du verstehst darunter wohl eine geisterte Lebensstellung — haben wir uns doch nicht den Kopf zerbrochen. Sultan ist ja so begabt, daß eines jeden Weibes sicher Erfolg haben wird.“

Die Koalition gegen Deutschland.

Der Engländer Wilfred Scawen Blunt hat kürzlich seine Tagebücher veröffentlicht; in ihnen sind all die politischen Ereignisse von 1888 bis 1914, wie sie sich ihm bei seinen guten Beziehungen zu der englischen Diplomatie zeigten, behandelt und durch sehr bemerkenswerte persönliche Aufzeichnungen erläutert. Der 2. Band dieser Memoiren trägt die bezeichnende Ueberschrift: „Die Koalition gegen Deutschland.“ Er ist erst kürzlich bei Martin Secker in London erschienen und wird im Mai-Heft der bekannten Monatschrift „Foreign Affairs“ von dem Herausgeber dieser, Morel, eingehend besprochen. Es wird auch für den deutschen Leser sehr von Wert sein, diese neuen Enthüllungen von englischer Seite im Auszug kennen zu lernen — Enthüllungen, wie sie wohl wahrheitsgetreuer, zuverlässiger, und genauer bisher nicht gemacht wurden. Aber nicht allein dem deutschen Zeitungsleser, sondern vor allem auch den Herren von unserem Untersuchungsausschuß dürfte man dieses Buch angelegenlich zum Lesen empfehlen, denn es fördert tatsächlich eine unbefangene Untersuchung über die Schuld am Kriege. Es spiegelt ein Bild wieder, das uns zeigt, mit welcher angeborenen Geriebenheit, Gaunerei und Fertigkeit, mit welcher Zellsicherheit und Selbstverständlichkeit drüben über der Nordsee auf die Entscheidung hingearbeitet wurde und mit welcher geradezu unschuldigen Gutmütigkeit im Vergleich damit unsere verantwortliche Führung in den Krieg gegangen ist. Unseres Volkes Gefühl im August 1914: „England ist der Hauptfeind“, wird durch den Inhalt des Buches wieder von neuem bestätigt. Wie auch Morel in seiner Besprechung erwähnt, sind diese Enthüllungen insofern besonders wertvoll, als sie nicht etwa von einem Sozialisten oder Pazifisten stammen, sondern von einem Mann, der, was Familie, Erziehung und Ueberlieferung betrifft, sich ganz zu den heute in England regierenden Kreisen zählt. Aber — er ist ein überzeugter Gegner jedes Imperialismus. Ein zweiter Grund für ihn zu seinen Veröffentlichungen ist: Die überwältigende Heuchelei und Falschheit, mit der seinen Landesleuten die Ursachen und die Ziele des Krieges dargestellt wurden, erfüllt ihn mit Zorn und Ekel. Das sind wohl die Haupttriebfedern, die ihn das, was er über die allerpersönlichsten und vertraulichsten Unterredungen und Absichten der leitenden Staatsmänner Englands vor dem Krieg weiß, aller Welt erzählen lassen. Seine Publikationen scheinen ihm, wie er selbst sagt, „eine politische Notwendigkeit“, der er sich „in Anbetracht der dem besiegten Gegner aufgezwungenen unbilligen Friedensbedingungen nicht entziehen kann.“ Er zählt sich auch zu der immer größer werdenden Gruppe in England, die heute schon „aus Gründen der Wahrheit und Ehre“ eine Nachprüfung des Friedensvertrages verlangen. War er doch ein Mann, der schon Jahre vor Ausbruch des Krieges aus dem Munde der englischen Staatsmänner immer wieder vernommen hat, wie tapfer man sich auf den Krieg vorbereite und warum; der selbst im diplomatischen Dienst tätig war und die Kräfte, die im Londoner Auswärtigen Amt an der Arbeit waren, und die Vorgänge dort genau kennt und dauernd mit all den Drahtziehern drüben in Fühlung geblieben hat. Als dann diese selben Leute hoch und heilig beteuerten, daß sie an der Katastrophe ganz und gar unschuldig seien, daß nur ein Mann in der Welt — der deutsche Kaiser — die Schuld daran tragen und daß England das von Gott erwählte Volk sei, um die Welt vom preussischen Militarismus zu befreien, da schritt ihm dies die Feder in die Hand gedrückt zu haben. Er ist sich auch vollständig darüber klar — wir in Deutschland sind es uns leider noch nicht — daß es rein wirtschaftliche Gründe waren, die die Reibungsflächen geschaffen, die Funken erzeugte und schließlich zum Brand geführt haben. Doch lassen wir ihn selbst reden:

„Das Versprechen“, sagt er unter anderem, „an Frankreichs Seite in den Krieg zu gehen, war für England so fest und bindend — ich habe es von einem der Hauptbeteiligten — daß, Poincaré schriftlich König Georg an die Verpflichtung seiner Regierung erinnerte, als die Kräfte kam. Da nun das übrige Kabinett (drei Mitglieder) urprünglich nur das Abkommen geneigt und davon gewußt haben) diese Umwandlung nicht so ohne weiteres als ein überzeugendes Argument für den Eintritt in den Krieg hielt, hat Asquith mit echtem Advokateninstinkt die Neutralität Belgiens als einen besseren Köder erkannt. Er legte deshalb dem Kabinett die Neutralitätsabkommen von 1831 und 1839 vor, die angeblich für England die Verpflichtung zum Eingreifen enthalten sollten (der Text der Abkommen sagt in Wirklichkeit kein Wort davon), und erhielt die Zustimmung des Kabinetts zur Kriegserklärung. Ich weiß sicher, daß dies der wirkliche Vorgang damals war.“

Ueberhaupt sind die Anklagen Blunts gegen die Politik Asquith-Grey geradezu überwältigend. Im März 1904 schreibt er in sein Tagebuch betreffend das Geheimabkommen mit Frankreich über Marokko:

„Was mir Ali Pascha Kader beiläufig erzählte, war das erste, was ich über das englisch-französische Abkommen, später unter dem Namen „Entente“ bekannt, hörte. Das englische Volk erfuhr es erst 7 Jahre später. Darnach haben sich die beiden Regierungen (England und Frankreich) geeinigt, Ägypten und Marokko unter sich zu verteilen. Es bedeutete den ersten Schritt zur Koalition zwischen England, Frankreich und Rußland gegen Deutschland, also der eigentliche Ursprung für den Weltkrieg 1914.“

So um das Jahr 1907 war der „unvermeidliche“ Krieg mit Deutschland in englischen Regierungskreisen eine abgemachte Sache; man hatte sich damit abgefunden. 9. Mai 1907: George Windham, ein Verwandter des Verfassers, ehemaliger Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, dann in anderen hohen amtlichen Stellungen erklärt ihm: „es ist sicher, daß es zum Krieg mit Deutschland kommen wird, vielleicht in 5 Jahren, vielleicht in dreißig!“ Im Oktober 1910 bringt sein Tagebuch einen Eintrag, den er nach einer längeren Unterredung mit Churchill — damals schon einflußreich in Downing Street und ein eifriger Befürworter des Krieges mit Deutschland — machte.

„Churchill sagt mir: Wir dürfen unsern Hals in Ägypten nicht verlieren; wir müssen es genau wie Indien in der Hand behalten; nicht, daß es uns gerade von besonderem Vorteil ist, aber es ist unmöglich, locker zu lassen, uns von diesem Unternehmen zurückzuziehen, es ist eben „a necessity of empire“ — eine Notwendigkeit für unser Weltreich. Uebrigens, das Schicksal Ägyptens wird durch den Ausgang des kommenden Krieges mit Deutschland entschieden!“

Der Tagebuchschreiber ist damals schon (1910) überzeugt, daß „der Islam aus Gründen der Selbsterhaltung dem Dreieck sich anschließen muß“. Weiter sagt Blunt über das englisch-russische Abkommen bet. Aufteilung von Persien, das gleichzeitige eine offensichtliche Anpassung und Unterordnung der englischen an die zaristische Politik zur Folge hatte:

„Man müßte ein Narr sein, folgte man nicht sehen, daß eine Aufteilung Persiens beabsichtigt ist. (1910) Frank Lascelles (langjähriger englischer Botschafter in Berlin) besuchte mich; er gibt zu, daß Grey mit seiner Politik ordentlich festgefahren ist, speziell in Konstantinopel. Er verurteilt die Aufteilung Persiens; als früherer englischer Gesandter dort meint er, daß die Russen niemals mehr rauszukriegen seien.“

Im Oktober 1911 zur Zeit der Marokkokrisis und Italiens Ueberfall auf Tripolis notiert er:

„Wir (George Windham und andere Freunde von ihm) hatten nachher eine große Besprechung über die Lage und die Aussichten auf einen europäischen Krieg. Georges Ansicht — er ist durch seine engen Beziehungen zum Kriegsmini-

sterium aufs genaueste informiert — geht dahin: 160 000 Mann werden im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Festland gelandet. Das ist ein Zeit des Abkommens mit Frankreich. Erst sollte dieses Kontingent von Antwerpen (!) aus operieren, aber später ist der Plan geändert worden und jetzt ist der äußerste Nordwesten der französischen Linie von Calais aus als englisches Operationsfeld vorgesehen. Auch in den deutschen Feldzugsplan ist er eingeweiht. Ebenso will George auch die Pläne für die strategischen Bahnen in der Schweiz, die gemäß einem vor einigen Jahren mit der Schweizer Regierung gezeigten Abkommen bereits gebaut wurden, gesehen haben. Auf unsere Frage, was der Schweiz als Entschädigung hierfür geboten würde, meinte er, daß man sie mit einigen italienischen Gebietsabtretungen und einem Teil Savoyens belohnen werde. Italien sei schon seit einiger Zeit daran, sich vom Dreieck loszumachen und Deutschland rechne nicht mehr länger auf Italiens Hilfe.“

Der Tagebuchschreiber ist über die italienischen Uebergriffe in Tripolis ebenso entrüstet, wie über die Art und Weise, mit der Asquith und Grey in ihrem Bemühen, Italien dem Dreieck abspenstig zu machen, sich bereiten, diese Gewalttätigkeiten zu dulden und zu entschuldigen.

8. Nov. 1911. Nach den eingehenden Neuigkeiten zu schließen, gestalten sich die italienischen Greuel immer wüster. Grey gibt eine Erklärung über unsere Beziehungen zu Deutschland ab, um die Aufmerksamkeit von Tripolis abzulenken — ein alter Trick von ihm. Er weiß genau, wie das Unterhaus behandelt werden muß.

13. Nov. 1911. Es ist sicher, daß die Tripolis-Expedition vorher mit Frankreich und England zur Zeit des Agadir-Vorfalles verabredet worden ist. Bekannt ist, daß Deutschland diesem Vorgehen Italiens nicht zustimmte. Ein Schurkenstreich unseres auswärtigen Amtes, wie er jemals geleistet wurde.“

19. Oktober 1912. Er (Winston Churchill) glaubt fest an einen Krieg gegen Deutschland. Er ist ein großer Anhänger des Unterseebootkrieges. Er hält das U-Boot für die Waffe der Zukunft und arbeitet mit aller Kraft für den Ausbau dieser Waffe.“

20. Oktober 1912. Ich sagte ihm, daß der Balkankrieg sein und Greys Verschulden sei, daß der Ausbruch schon vor einem Jahr hätte vermieden werden können und zwar durch die Entsendung der englischen Flotte ins Mittelmeer und eine Erklärung an Italien, daß die Tripolis-Expedition nicht gebildet würde. Ja, das ist so — gab er mir zur Antwort — aber wir konnten es uns nicht leisten, Italien uns auch noch zum Feind zu machen.“

21. Oktober 1912. Er (Winston Churchill) ist wegen der internationalen Lage in großer Spannung und ganz und gar mit den Vorbereitungen zum Krieg beschäftigt. Grey und er — sie sind eng befreundet — warten nur auf die Gelegenheit, um mit der Parole „Verrat der kleinen Nationen“ das Spiel zu beginnen. Er und George Windham sind sich nun über Heer- und Flottenangelegenheiten und den bevorstehenden Krieg mit Deutschland vollkommen einig.“

Das ging hinter der Bühne vor; in der Öffentlichkeit dagegen erklärte Asquith der erstaunten Welt, daß die Beziehungen zu Deutschland nie besser gewesen seien! Unter dem 4. Juni 1913 berichtet der Verfasser, daß große Anstrengungen seitens des englischen auswärtigen Amtes gemacht werden, um die Freundschaft des Islam zurückzugewinnen. Dadurch wäre der Ring um Deutschland geschlossen gewesen. Aus seinen abschließenden Betrachtungen sei noch folgendes angeführt:

„Ich kenne das Vorgehen unseres auswärtigen Amtes und seine bisherigen Taten zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß all die von Grey und Asquith für die Kriegserklärung vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig waren und sein konnten. Vor allem ist sicher, daß Asquiths Vorwand, es sei eine Ehrensache, für uns, für Belgien in den Krieg zu gehen, ein falscher war und die Verpflichtung zum Eingreifen tatsächlich vollkommen unwahr.“

Morel fügt dem in seiner Besprechung noch hinzu: Der Imperialismus Frankreichs war vornehmlich ein politischer, der Rußlands ein politischer und Rassenimperialismus, während der Deutschlands lediglich ein wirtschaftlicher war, der für den Ausbau der Handelsbeziehungen eben überall „offene Türen“ brauche. Deutschland wolle keine Welt Herrschaft, sondern freie Märkte.

Bei Schweningen.

Ein Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“, der von Schweningen empfangen wurde, berichtet u. a. über Schweningens Äußerungen:

Vor einem Jahr, zur Rätezeit, war auch Schweningen, als lechter Ueberlebender aus dem Bismarckkreise, den Münchener Kommunisten verdächtig und kam auf die Geiselliste. „Rotgardisten drangen bei mir ein und wollten mich mitnehmen. Nun, ich bin nicht der Mann, mich einschüchtern zu lassen, und sagte ihnen unzweideutig meine Meinung. Da drohten sie, mich an die Wand zu stellen, zogen dann aber doch unverschämter Dinge ab. Was Bismarck zu diesen Zuständen gemeint haben würde? Ein großer Radau — er wäre schnell damit fertig gewesen.“ Der Name, der uns die ganze Zeit umschwebte, ist gefallen. Das Auge des 60jährigen verklärte sich, ein großer Arzt, ein Wohltäter der Menschheit, dessen ärztliche Kunst Tausenden geholfen hat; trägt er doch diese 17 dem Einen und Einzigen gewidmeten Jahre als das Erlebnis seines reichen Lebens in sich. „Sie zählten doch erst 31 Jahre, als Sie zu Bismarck berufen wurden. Hat der große Altersunterschied Ihre ärztliche Autorität nicht beeinträchtigt?“ Ganz und gar nicht — fast hätte ich gefragt: im Gegenteil! Mein Fürst war einer der lebenswürdigsten, besorgtesten, vornehmsten Menschen, mit denen ich je zu tun hatte. Es war rührend, wie er sich um mich bemühte, wenn einmal ich mich nicht ganz wohl fühlte; gleich kam er mit einem Kognak oder einer anderen Herzstärkung zu mir aufs Zimmer. Ebenso rücksichtsvoll war er als Patient. Nur ganz im Anfang gab es zweimal kleine Verstimmungen, aber da kam er gleich wieder zu mir und brachte alles ins Reine. Als ich meinen Dienst bei ihm antrat, hatte ich ihm erklärt: „Durchlaucht, Sie haben schon viele Ärzte gehabt. Wir Ärzte sind keine Götter — Erfolg können wir nur haben, wenn der Patient uns vertraut und sich streng nach unseren Anordnungen richtet.“ Diese Offenheit gefiel dem Fürsten, er versprach es mir in die Hand, und er hat sein Versprechen gehalten. Die ganze Familie unterstützte uns dabei, alle waren sie mit mir um das teure Leben bemüht.“

Sich politisch zu äußern, lehnt Geh. Rat Schweningen ab. „Ich war Zeit meines Lebens kein Politiker, sondern immer nur Arzt.“ Sa, sage ich, aber Bismarck gegenüber Arzt im weitesten und schönsten Sinn. „Das ist wohl

richtig, allein eben deshalb widerstrebt es mir, meine einzigartige Stellung im Hause Bismarck publizistisch auszunützen. Das würde mir wie ein Vertrauensbruch an meinem Fürsten und an der Familie Bismarck erscheinen. Ich habe keinerlei Mitteilungsbedürfnis. Bismarck hat mich unter Anspielung darauf einmal scherzend angedeutet: „Gegen Ihre Schweigsamkeit — Ist die Sphinx ein Wäscherweib!“ „Sie denken also nicht daran, Ihre Lebenserinnerungen zu schreiben und das reiche, handschriftliche Material aus Ihrem Besitz zu veröffentlichen?“ „Nein, ich denke nicht daran. Was von mir im Laufe der Zeit veröffentlicht wurde, ist mir sozusagen abgerungen worden. Wohl aber bedaure ich es sehr, daß der dritte Band der „Gedanken und Erinnerungen“ dem deutschen Volke noch unbestimmte Zeit vorenthalten bleibt; gerade in diesem Schlußband hat Bismarck uns vieles zu sagen, was uns erheben und die Wege unserer furchtbaren Not weisen könnte.“ „Hat Bismarck die tragische Entwicklung der Dinge geahnt?“ „Der Fürst hat die Katastrophe für Deutschland vollkommen klar vorausgesehen. Mit dem intuitiven Weitblick, der ihn zum größten Staatsmann des Jahrhunderts machte und den leider keine — aber auch keine der heute führenden Persönlichkeiten besitzt, begriff er die unabwendbaren Konsequenzen einer Politik, die er auf seinem Posten und später aus seiner Verbannung bis zum letzten Atemzuge bekämpfte. Wie oft hat er sich nicht seine berühmten drei Haare gerauft und gestöhnt: „Schweningen, Schweningen, ich sehe es kommen, wir gehen einer furchtbaren Katastrophe entgegen!“ „Bezogen sich diese Befürchtungen auf unsere innere Politik oder auch auf die außenpolitischen Verhältnisse?“ „Auch auf die außenpolitischen. Der Fürst sah den Ring sich bilden, der Deutschland einkreisen sollte, er sah auch, daß Rußland sich in diesen Ring einfügen würde. Er hat gewarnt, er wollte raten — es wurde nicht auf ihn gehört. Resigniert und in tiefer Trauer sagte er mir noch ganz zuletzt: „Deutschland geht schweren Zeiten entgegen.“

In der Erinnerung an den großen Warner ist der alte Geheimrat aus seiner Reserve herausgetreten. Nach einem kurzen Schweigen, während sein Auge das Bild des Toten streift, der für ihn nicht tot ist, fügt er überzeugt hinzu: Diese ganze Katastrophe wäre nicht eingetreten, wenn Bismarck noch gewesen wäre. Eine Persönlichkeit wie die seine täte heute nicht nur uns not, sondern der ganzen Welt. Freilich wäre es ungerecht, zu verkennen, wieviel komplizierter die Schwierigkeiten sind, die es heute zu überwinden gilt. Aber Bismarck hätte sich auch auf diese Konstellation eingestellt, die entwicklungs-geschichtlich vielleicht kommen mußte, er hätte der natürlichen Entwicklung Rechnung getragen und sie in gesunde Bahnen geleitet.“

Wirtschaftliche Rundschau

des „Landboten“.

(Nach dem Stande vom 19. Juni 1920.) Nachdruck verboten.

Allgemeine Lage. Preisabbau und Nachlassen der Kaufkraft macht sich in allen Ländern immer mehr bemerkbar. Die heutige Lage ist unhaltbar und sehr gefährlich. Immer klarer wird erkannt, daß der Neuaufbau der wirtschaftlichen Organisation nicht mehr Sache eines Landes ist.

Geldmarkt. An der Börse beherrscht die durch die Wahlen geschaffene unklare innerpolitische Situation die Lage. Die Kursbewegung war entsprechend der schwankenden Allgmeinhaltung unregelmäßig. Schweizer Finanzkreise wollen wissen, daß die Amerikaner den Kurs der Mark heuer noch auf 30—35 Ct. bringen wollen. Die deutschen Sparkassen melden, daß gegenwärtig die Rückzahlungen höher sind als die Einzahlungen.

Industrie. Die Industrie paßt sich immer mehr dem Konjunkturschwung an. Man erkennt die Notwendigkeit, durch einen Preisabbau den Konsum wieder anzuregen. — Die Krisis in der Textilindustrie tritt noch stark hervor. Durch Zurückhaltung der Kundenschaft ist eine starke Stockung des Absatzes eingetreten. — Die Schuhindustrie soll durch Aufträge des Reiches unterstützt werden. — In der Brauindustrie ist der Absatz seit der Bierpreissteigerung sehr erheblich zurückgegangen. — Die Automobilindustrie fordert die Aufhebung der behördlichen Einschränkungen des Autoverkehrs.

Kohlen und Metall. Die Kohlenförderung verblieb auf guter Höhe, doch genügt sie noch nicht dem Bedarf. — In Harz wurden neue Kupferlager von ungewöhnlicher Ausdehnung erhöht.

Warenmarkt. Der Preisrückgang auf dem internationalen Warenmarkt hält an. — Am amerikanischen Baumwollmarkt sind die Preise unter den Erzeugerpreis gesunken. — Auf der Hamburger Volkversteigerung am 15. 6. fielen die Preise um 40 bis 50 Proz. — An der Stuttgarter Garnbörse v. 16. 6. kamen die abwärtssteigenden Preise zum Stillstand. — Die Mannheimer Schuhmachereinnung beginnt mit dem Preis-Abbau. — In Baden sehen Zigarrenfabriken ihre Verkaufspreise erheblich herab. — Am Bienenmarkt wird in absehbarer Zeit eine Verbilligung nicht eintreten.

Landwirtschaft. Am Produktenmarkt blieb der Geschäftsumfang gering. Hafer notierte in Berlin am 16. 6. 111—113 Mark, Stroh in Süddeutschland etwa 12—20, Heu 20—25 Mk. Im Saatgeschäft ist keine Veränderung eingetreten. — Vom Hundsrück wird ein Fallen der Weinpreise gemeldet. Jedemfalls wird die höchste Grenze in der Bewertung erreicht sein. — Am Hopfenmarkt zeigt sich ein träger Geschäftsgang.

Viehmarkt. In den Preisen ist wenig Veränderung eingetreten. In Frankfurt haben Großviehhäute um etwa 10 Proz. angezogen, die letzten Mannheimer Preise bewegten sich noch 5 Prozent darüber. Auch auf der Lond. Auktion gingen die Preise wieder etwas aufwärts.

Lebensmittel. Eine Vorlage zur Senkung aller Lebensmittelpreise wird eines der ersten Gesetze sein, das, von allen Parteien unterstützt, dem Reichstag zugehen wird. — England will an Deutschland 10 000 Tonnen Weizenmehl liefern. — Die Arbeitsgenossenschaft deutscher Salzheringsimporteure kann einen Gewinn von 900 Prozent verteilen!

Forstwirtschaft. Die Pils- und Waldbereenernte verspricht heuer gut zu werden.

Holzmarkt. Die herrschende Unsicherheit führte zu einer bemahe vollständigen Geschäftslosigkeit. Angst- und Notverkäufe kennzeichnen die Lage. Belobend wird vielleicht die Erhöhung des Ausfuhrkontingents von Schnittholz wirken. Man spricht von etwa 450 000 fm.

Bausach. Der Baumaterialienmarkt leidet immer noch an der schwierigen Beschaffung der meisten Produkte. Der zunehmende, unwirtschaftliche Abbruch von Ziegeleien soll mit allen geeigneten Mitteln verhindert werden.

Verkehr. In Lindau fand eine bedeutsame Tagung bayerischer und schweizerischer Handelskammervertreter statt. — Im

21. beginnt in Paris eine interalliierte Wirtschaftskonferenz über Valutafragen und Ein- und Ausfuhrverbote. — Der seit der Vorüberwindung eingetretene Verkehrsrückgang wird aus dem ganzen Reich bestätigt.

Arbeitsmarkt. Die Lage hat sich insgesamt ungünstiger gestaltet. Ein Anschwellen der Erwerbslosenziffer mit einem Rückgang der offenen Stellen ging Hand in Hand. Betriebseinsparungen und Entlassungen wurden gemeldet und für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Landwirtschaftliche Umschau

des „Landboten“

(Nach dem Stande vom 17. Juni 1920.)

(Nachdruck verboten.)

Stand der Futren. Winter- und Sommerfrüchte stehen günstig. Roggen ist teilweise dünn geblieben. Zuckerrüben haben sich gut eingegrünt. Klee, Luzerne und Wiesen liefern reichlichen Schnitt. Ueber den Stand des Hopfens lauten die Berichte günstig, ebenso jene über den Wein. Flachs steht gut, Kartoffeln versprechen eine günstige Ernte. Alles in allem bestehen bei weiterer Wettergunst die besten Aussichten auf ein fruchtbares Erntejahr. Hederich und Disteln wirken in vielen Gegenden nachteilig auf den Ertrag.

Produktenverwertung. In der letzten Zeit beschränkte man sich auf die Deckung des dringendsten Bedarfes. Für spätere Lieferung wurden fast keinerlei Abschlüsse vollzogen. Hafer stand wieder bis auf 147 Mk., ist aber infolge Preisrückgangs auf dem internationalen Getreidemarkt bis auf 130 Mk. zurückgegangen. Stroh notierte an der Berliner Börse durchschnittlich in den letzten 14 Tagen 9 bis 12 Mk., Heu 19—26 Mk. ab Berl. Station, in Süddeutschland Stroh etwa 12—15 Mark, Heu 20—25 Mk. Der Verkehr in Futtermittel und in Saatgut ist sehr ruhig; das Geschäft in neuem Heu ist noch in engen Grenzen, die Preisbildung noch nicht fest. — Bei den letzten Wettbewerbsversteigerungen war von einem Preissturz, wie gegenwärtig die Blätter melden, nichts zu merken. Ebenso dürfte eine Verbilligung der Tabakfabrikate vorerst kaum eintreten.

Viehmarkt. Die immer mehr um sich greifende, seit Jahren nicht so bösartig aufgetretene Maul- und Klauenseuche richtet unter den Viehbeständen ungeheuren Schaden an. Fleischverfälschung und Zucht werden schwer gefährdet.

Viehmärkte. Durch die bestehende Seuche ist gegendweise der Verkehr mit Nutzvieh so gut wie lahm gelegt. Die Ferkelpreise sind in Norddeutschland etwas zurückgegangen, in Süddeutschland zählt man noch durchschnittlich 200—360 Mk. per Stück. Auf dem Pferdemarkte herrscht wohl durch die hohen Preisforderungen große Zurückhaltung. Arbeitspferde werden je nach Qualität mit 3—24 000 Mark bewertet. Große Nachfrage besteht nach Schlachtpferden, wofür etwa 4—9000 Mk. per Stück bezahlt werden. In Frankreich hat die Preislenkung auch auf den Viehhandel übergegriffen.

Häute und Felle. Die Preisübersicht der letzten Verkäufe ergibt folgendes Bild, wenn wir den Durchschnitt der Auktionserlöse in Hamburg, Stuttgart, Ulm und Nürnberg nehmen: Ochsenhäute etwa 8.05 bis 9.95 (10.85), Rindshäute 10 bis 10.75, Kuhhäute 9.55—10.35, Bullenhäute 6.95—10.55, Kalbfelle 11.75 bis 12.55. In Nürnberg waren die Preise wieder

25 bis 40 Prozent höher als bei den letzten Verkäufen. Am nordamerikanischen Hautmarkt erfolgte ein Preissturz von 20 Prozent.

Düngermarkt. Die neueste Preisliste für künstliche Düngemittel macht es den meisten Landwirten unmöglich, solche zu kaufen. Das Angebot hat sich wesentlich erhöht.

Forstwirtschaft. In den Forsten zeigen die Frühjahrssaaten und Pflanzungen ein sehr gutes Aussehen. Trotz der enormen Quantitäten an Windfallholz ist die Aufarbeitung und Entladung des Materials im großen und ganzen beendet, so daß der Insektengefahr vorgebeugt werden konnte.

Arbeiten. Die Heuernte verzögert sich ortweise durch allzu reiche und anhaltende Niederschläge. Bielerorts ist sie bereits beendet. Kartoffel werden behäutet und gehäufelt. Grache wird bearbeitet. Rüben werden nach der zweiten Hacke gehäufelt und mit Sauche gedüngt. Vorbereitungen für die Getreidernte werden getroffen.

Arbeitsmarkt. Zur Heuernte konnten im allgemeinen die nötigen Aushilfskräfte gewonnen werden, da die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Städten manchen zur Landarbeit bewegte. Der Mangel an Pferdeknächten, Melkern und Dienstmägden hält an.

Verschiedenes.

be Heidelberg, 23. Juni. (Verlegung der Sicherheitswehr.) Wie das Heidelb. Tagbl. hört, ist die bisher in Schwesingen garnisonierende Sicherheitswehr, die sogenannte grüne Polizei, nach Heidelberg verlegt worden. Die neue Kaserne sollte anfänglich als Lazarett umgestaltet werden. Nach längerem Verhandlungen im Ministerium ist die Kaserne für die Sicherheitswehr bestimmt worden. Sie wurde von dem Hauptmann der Abteilung übernommen und dient künftig als Polizeiskule.

Offenburg, 21. Juni. Die feierliche Uebernahme der Fahne des Straßburger ehem. Veteranenvereins in unser Museum fand am Samstag nachmittag im Beisein des Herrn Stadtrats Monch als Vertreter der Stadt, des Professors Bayer als Custos des Museums und einiger Vertreter des hiesigen Veteranenvereins und Militärvereins statt. Die Fahne ist eine Stiftung Kaiser Wilhelms I.; sie wird geschmückt von Fahnenbändern, die von deutschen Reichsfürsten gestiftet wurden und 45 Fahnenmägeln der Städte Elz-Lothringens. Die Fahne wurde von Eisenbahnassistent a. D. Jockers, jetzt in Achern, über den Rhein gerettet.

Saarbrücken, 19. Juni. (Gasunterschlagung.) Laut „Saarb. Volksztg.“ ist man in den städtischen Betriebswerken in Brebach einer Gasunterschlagung größten Umfangs auf die Spur gekommen. Anscheinend wurde bei der Anlage der Gaswerke das Gas von vornherein durch eine große 20 Zentim. dicke Röhre geleitet, von wo aus dasselbe vor dem Eintritt in die Viehfuhr bereits dem städtischen Gasnetz zugeführt wurde. So sollen bereits beim Bau des Gaswerkes (vor etwa zehn Jahren) 5000 Kubikmeter Gas ungemessen entnommen worden sein. Die Forderung des Gaswerkes wird auf über eine Million Mark geschätzt.

Die linke Hand. Im „Landfried“, der neuen, dem Wiederaufbau des Vaterlandes gewidmeten Zeitschrift des Roffhäuser-Bundes der deutschen Kriegerverbände (Berlin W. 50) wird folgen-

der beachtenswerter Vorschlag gemacht: Im Kriege hat so mancher Verwundete eingesehen, daß es doch garnicht praktisch ist, wenn man nur mit der rechten Hand schreiben kann und nicht auch mit der linken. So manch' armer wundgeschaffener Krieger hätte in seinem letzten Stündlein noch gern ein paar Zeilen an seine Lieben gefandt, mußte es aber infolge der Unmöglichkeit, linkschändig zu schreiben, unterlassen und großlos von ihnen scheiden. Manche Witwe, manche Eltern mühten, wie und wo ihre Lieben gestorben sind, wenn diese linkschändig schreiben konnten. — Versuche dieser Art gelangen höchst selten und meist waren die schmerzigen Kräfte, die das Ergebnis der Versuche. Der Mangel dieser Fähigkeit zeigt sich in allen Berufen. Viele von den Kriegsbeschädigten können ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben, weil ihnen dazu die rechte Hand fehlt. Es wäre doch sehr praktisch, wenn schon in der Schule das Schreiben und Zeichnen mit beiden Händen gelehrt würde und ebenso würden Versuche im gewerblichen Leben, auch in dieser Hinsicht zu versuchen, nicht so ohne weiteres verworfen sein. In Japan wird schon seit Jahren in der Schule das Schreiben mit beiden Händen gelehrt, warum auch nicht hier? Die Menschheit muß danach trachten, sich in allem zu vervollkommen, und durch dieses Können würde schon wieder ein kleiner Schritt nach vorn gewonnen sein. Wir müssen eben jetzt alle nur möglichen Kräfte ausnützen, um wieder voranzukommen!

Verkehrs-Handbuch des Eisenbahn- und Postverkehrs für Baden und die wichtigeren Verkehrsbeziehungen zwischen Baden und dem übrigen Deutschland, bearbeitet von D. Rieger, Oberrevisor beim Verkehrsamt der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe. Preis Mk. 5.— und Buchhändler-Teuerungszuschlag. Druck und Verlag der C. F. Müller'schen Hofbuchhandlung m. b. H., Karlsruhe (Baden). Soeben ist die zweite, wesentlich erweiterte Auflage erschienen. Auf Grund dieser Entfernungsangaben und einer ausführlichen Kilometerpreistafel auf alle Entfernungen von 1 bis 1700 Kilometer können die Frachten für Stückgut (Eilgut und Fracht), für Gepäck, Expressgut und Postpakete für alle Gewichte, sowie für Wagnladungen, ferner die Fahrpreise für Personenzüge und Schnellzüge in allen Klassen und die ermäßigten Preise für Wochen-, Monats-, Schüler und Arbeiterkarten ohne weiteres ersehen werden. Die Beschaffung macht sich schon bei geringem Bestand reich bezahlt. Der Bezug kann durch alle Buchhandlungen und, wo nicht erhältlich, unmittelbar durch den obengenannten Verlag erfolgen.



Im Handbetrieb
leicht • bequem • billig
werden **Zement-Dachziegel**
durch die bekannte
AMBI-Dachziegel-Maschine
hergestellt.
AMBI, Abt. II/ c 25 Berlin-Johannisthal. AMBI-Büroarchiv
Kronenriegel

Amliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung zum Kapitalertragssteuergesetz.

Das Kapitalertragssteuergesetz verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldsinsen 10 v. Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt abzuführen. Dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig werden, ebenso wie für die später fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinsschuld entrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, angeben hat. Darlehenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geschuldet werden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorfälliger oder fahrlässig nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung oder Steuergefährdung strafrechtlich verfolgt werden.

Hat der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrages ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er seinerseits ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Für Schuldsinsen, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig werden.

Die Finanzämter sind verpflichtet, dem Gläubiger auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuer ordnungsmäßig abgeführt hat.

Ansprüche auf Befreiung von der Steuer bedürfen besonderer Anerkennung durch das Finanzamt.
Sinsheim, den 7. April 1920. Finanzamt.

Zur Fortführung des Vermessungswerks und Lagerbuchs der Gemarkungen nachfolgender Gemeinden ist Tagfahrt in den Räumen der betreffenden Grundbuchämter bestimmt und zwar für

- Reihen, Mittwoch, den 7. Juli, vorm. 8 Uhr
- Steinsfurt, Donnerstag, den 8. Juli, vorm. 8 Uhr
- Rohrbach, Donnerstag, den 8. Juli, nachm. 1 Uhr
- Hoffenheim, Freitag, den 9. Juli, vorm. 8 Uhr
- Juzenhäuser, Dienstag, den 13. Juli, vorm. 8 Uhr
- Daisbach, Dienstag, den 13. Juli, nachm. 2 Uhr
- Dühren, Mittwoch, den 14. Juli, vorm. 8 Uhr
- Sinsheim, Donnerstag, den 15. Juli, vorm. 8 Uhr.

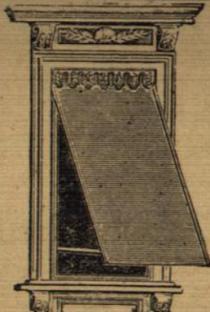
Das Verzeichnis der seit der letzten Fortführungstagfahrt eingetretenen, dem Grundbuchamt bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum liegt während 1 Woche vor der Tagfahrt zur Einsicht der Beteiligten in den Räumen des Grundbuchamts auf; etwaige Einwendungen gegen die Eintragung dieser Veränderungen im Vermessungswerk und Lagerbuch sind in der Tagfahrt vorzutragen. Die aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen und noch nicht zur Anzeige gebrachten Veränderungen im Grundeigentum, sowie bleibende Kulturveränderungen sind anzumelden und Nehebrieve über Änderungen in der Form der Grundstücke dem Fortführungsbeamten vorzulegen, widrigenfalls die Fortführungsunterlagen auf Kosten der Beteiligten von amtswegen beschafft werden.
Sinsheim, den 19. Juni 1920. Der Bezirksgeometer.



Apfelmost
wird vollkommen ersetzt durch
Zapp's
Kunstmostansatz mit Süßstoff.
Der beste
Hastrunk
Nährmittelfabrik A. Zapp, Zell a. H., Baden.

Ausstellung!

Den verehrten Einwohnern von Sinsheim und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß am **Sonntag, den 27. Juni**, vormittags 11 Uhr in der **Frauenarbeitschule** eine Ausstellung eröffnet wird, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist. Besonderen Reiz dürfte es bieten, daß allerlei schöne Sachen angefertigt wurden, die von den Besuchern um angemessene Preise gekauft werden können. Zum Beispiel Babywäse, einfache und gefällige Kleider, Hemden, Schürzen, allerlei Handarbeiten und kunstvolle Gobelin und Nadelmalereien. Die Ausstellung bleibt bis 4. Juli einschließlich geöffnet.
Der Frauenverein.



**Rolladen
Jalousien**
liefert
Karl Hohmann, Heidelberg
Häuserstraße 5.

Ia. neue Jutesäcke
(Friedensware) 1/2 Ztr. fass. Mk. 18.—, 2 Ztr. fass. Mk. 20.—.
Ia. 1mal gebrauchte lochr. Original amerik. Mehlsäcke 100x60 cm Mk. 14.—. Ia. neue Jute-Erntetücher 150x180 cm Mk. 28.—.
Lieferung gegen Nachnahme. Garantie Zurücknahme.
H. E. Koch, Textilwaren, Heidelberg-Sinsheim.

Geschlechtskrankheiten!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, ferner auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein und scharfe Einspritzungen.
Syphilis, ohne Berufshörung, ohne Schmerzen, Quecksilber und schmerzhaftes Einspritzungen.
Mannesschwäche, schnelle wirksame Kur ohne Berufshörung.
Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und hunderten freilichigen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Str. 123 B. Sprechzeit 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Solbad Rappenau
geöffnet vom 2. Mai bis Ende Oktober.
Badezeit:
Werktags: Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 1—6 Uhr. Sonntags: von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

Zahn-Atelier
J. UNTERWAGNER, Killinger
Nachfolger
Sinsheim a. d. Els.
Eisenbahnstraße 351. Telefon 157.
Sprechstunde: Werktags nur noch von 9—5 Uhr
Sonntags geschlossen.

Avenarius-
Carbolinum
Baumsprikmittel
Gacke
Terpentinölerlack
Farben
Geinölsfirnis
Ginoleumwische
Wilh. Scheeder.

Grammelspachers
Hausbacköfen und
Fleisch-Räucherapparate
sind unentbehrlich und sollten daher in keinem Haushalt fehlen. Lieferung prompt von
Gebr. Grammelspacher
Schweningen, Friedrichstraße 40
und
Freiburg i. Br. Adelhauerstr. 14.
— Preisliste zu Diensten —

Kluge
Frauen
schützen sich vor wertlosen, teuren Präparaten u. gebrauchen bei
und
Regelstörung Stockung
nur einzig und allein mein wirksames Spezialmittel, unschädlich, mit Garantieschein, Geld zurück.
Schreiben Sie wie lange Sie klagen. Ich habe tausend Frauen geholfen. Auch Sie werden in 2—4 Tagen wieder froh und glücklich und aller Sorgen enthothen sein.
Diskr. Versand. **H. Masuhr**, Hamburg, Eimsbüttelerstr. 25 II.
Frau J. schreibt: Ihre Mittel sind ein Segen für die Menschheit, ja, eine wahre Gottes-Gabe.
Frau C. Gute Wirkung in 4 Tagen.

Gummiwaren
Mutterspritzen, Frauentropfen,
sanitäre **Frauenartikel**
Anfragen erbeten Versandhaus
Reusinger, Dresden 763, Am See 37.

Winterhüte werden jetzt mit besonderer Sorgfalt modernisiert. **Elsa Faul, Heidelberg.**

Lehrling.
Junger Mann mit guten Schulzeugnissen, einwandfreiem Ruf und entsprechender Eignung kann bei mir als Lehrling eintreten.
E. SPEISER
Sinsheim. Fernsprecher 12.

Schlackensteine
10, 12, 25 cm
Schlackendielen
7, 33, 100 cm
liefern
Süddeutsche Bausteinwerke
Käbberer & Cie., Wiesloch
Telefon Nr. 11.

Pelzumarbeitungen können jetzt billiger als im Herbst ausgeführt werden. **Elsa Faul, Heidelberg.**

ABDA
Allgemeine Belei- und Privat-Darlehens-Anstalt. Kommandit-Gesellschaft.
Lahr i. B. Jammstraße, Ecke Kaiserstr. 80
Fernruf 497. Gekürzte Briefumschrift: ABDA, Lahr i. B.
Geschäftstätigkeit:
Finanzierungen, Beleihungen, Privat-Darlehen.
Zahlreiche Empfehlungsnachweise. Rasche verschwiegene, angenehme Geschäftsabwicklung.

den Fenstern wurden eingeschlagen und Ästen aus den Fenstern geworfen. Die Mahnungen eines Führers der Unabhängigen zur Ruhe waren nutzlos. Um den Rathausplatz zu säubern, wurde Reichswehr und später die Einwohnerwehr herangezogen, die mit Artillerie und Maschinengewehren vorgehen. Hierbei gab es 5 Tote auf Seiten der Demonstranten und 8 Schwerverwundete der Polizeibeamten sowie etwa 50 Verwundete bei den Demonstranten. — Bei den Unruhen in Ravensburg gab es 2 Tote und 20 Verwundete, außerdem wurde das Oberamtsgebäude schwer beschädigt.

Stuttgart, 24. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand eingeführt.

Lebensmittelnunnen in Aresfeld.

Aresfeld, 22. Juni. Veranlaßt durch die hohen Lebensmittelpreise fanden hier gestern große Demonstrationen statt, die in wilde Ausschreitungen gegen die Geschäftsinhaber ausarteten. Im Laufe des Nachmittags rottete sich eine nach hunderten zählende Menschenmenge zusammen, um gegen die hohen Preise des Obstes und der Gemüse Einspruch zu erheben. Sie zwang die Ladenbesitzer, ihre Waren zu wesentlich herabgesetzten Preisen abzugeben. Als einige Händler sich weigerten, dem Verlangen der Demonstranten nachzukommen, setzte eine regelrechte Plünderung ein. Die Menge begnügte sich aber nicht nur damit, die Lebensmittel wegzuschleppen, sondern geträumerte auch in vielen Geschäftslökalen das gesamte Mobilar. Besonders schwer heimgesucht wurde das Warenhaus von Leonhard Tief, dessen ganze Lager ausgeräumt wurden. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde auf die Straße geworfen. Die Einrichtungsgüter wurden schwer beschädigt. Die Polizei war gegenüber den raufwütigen Elementen vollständig machtlos. Erst als belgisches Militär einschritt, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden. Der durch die Plünderungen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Das städtische Lebensmittelamt hat beschlossen, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel in großen Mengen aufzukaufen und zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben. Das Stadtbild ist immer noch sehr bewegt. Belgische Patrouillen durchziehen die Straßen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Juni. In der gestern fortgesetzten Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts kam Abg. D. Mayer (D.-Fr.) auf die bildende Kunst zu sprechen und bemängelte dabei, die Darstellung des unbedeckten weiblichen Körpers, worin eine Beleidigung für die deutsche Frau und das deutsche Mädchen zu sehen sei. In seinen weiteren Ausführungen trat der Redner für das humanistische Gymnasium ein und wünschte, daß auch in der künftigen Geschichtsdarstellungen das deutsche Reich als Kultur- und Sozialstaat dargestellt werde. Minister Hummel führte aus, die Verstaatlichung des Haushaltungswissenschaften in Karlsruhe werde wohl bald erfolgen können. Die Anforderungen von 130 000 Mark für 15 Musiker des Orchesters des Landestheaters werde zurückgezogen, da wohl ein Abbau der Orchesterkräfte eintreten könne. Der Minister wandte sich im folgenden gegen die Ausführungen des Abg. Mayer über die bildende Kunst. Die Aktmalerei sei früher viel intensiver betrieben worden als heute. Auf Schulfragen übergehend, bemerkte der Minister, bei organisatorischen Reformen an den Hochschulen müsse man mit Zurückhaltung vorgehen. Das Vorschlagsrecht der Universitäten und Fakultäten müsse gewahrt bleiben und für die Berufung selbst habe die Regierung die Verantwortung zu übernehmen. Ueber die Bevorzugung jüdischer Studenten durch jüdische Professoren seien Klagen nicht bekannt geworden. Auf der Reichsschulkonferenz habe man festgestellt, daß die wesentlichsten Schulfragen nicht einheitlich für das ganze deutsche Reich gelöst werden könne, sondern daß das Schulwesen den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse. Das sei ein Gewinn. In Baden habe man diesen Standpunkt schon längst eingenommen. In der weiteren Aussprache bemerkte Abg. Wiedemann (Zentr.), es wäre sehr zu bedauern, wenn die Volksschule eine Staatschule werden sollte. Das Vorgehen des Unterrichtsministeriums im Fall des Hauptlehrers Kunz in Föhrenthal finde volle Billigung. Abg. H. H. (Dem.) erörterte sodann einige Schulfragen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bei dem Waldreichstum in Baden im nächsten Winter genügend Heizmaterial für die Schulen vorhanden sei. Abg. Karl (D.-Fr.) besprach die Notlage der medizinischen Assistenten und erörterte den Fall der Berufung des Prof. Meyer an die Techn. Hochschule Karlsruhe. Minister Hummel bedauerte, daß diese schon Monate zurückliegende Angelegenheit von dem Abg. Karl erneut aufgegriffen wurde. Der Minister wandte sich dann noch gegen eine Förm. Anfrage der Deutschnatl. über eine neue starke Erregung in der Karlsruher Studentenschaft und teilte ein Schreiben des Studentenausschusses an das Ministerium mit, in welchem festgestellt wird, daß sie mit der Anfrage in keinerlei Zusammenhang steht. Nach Ausführungen der Abg. Fr. Beyerle (Zentr.) über die Notwendigkeit der ständigen Erneuerung des Volkes, und Dr. G. H. (Dem.) über die Koalitionsfreiheit der Studentenschaft und das Berufungsrecht der Professoren wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vorm. vertagt.

Verhandlungen des Ausschusses für Zwangswirtschaft.

Karlsruhe, 23. Juni. Der vom Landtag eingesehter Ausschuss für Zwangswirtschaft trat heute in die Behandlung der ihm zugewiesenen Fragen ein, wobei zunächst das ganze Gebiet der Zwangswirtschaft gestrafft und dann in eine Erörterung von Einzelfragen eingetreten wurde. Der Ausschuss war einmütig der Auffassung, daß die Zwangswirtschaft der Kartoffeln und der Getreide zu beseitigen sei. Nach Mitteilungen der Regierung ist in der Tat mit der Beseitigung des Zwanges bezüglich dieser Produkte, soweit Baden in Betracht kommt mit Sicherheit zu rechnen. Sehr ergiebig gestaltete sich die Aussprache über die Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches, der eine umso ernstere Bedeutung kommt, als mit ihr die Milch- und Futtermittelversorgung engste zusammenhängt. Nach reiflicher Erwägung aller Für Wider, kam auch bezüglich des Fleisches der Ausschuss zu dem Ergebnis, daß das Fleisch freigegeben werden sollte, da die Zwangsbewirtschaftung tatsächlich doch nur noch auf dem Papiere steht und die Verhältnisse nachgerade unhaltbar geworden sind. Die Frage der Fleischbewirtschaftung soll möglichst rasch zur Erledigung gelangen.

bc Karlsruhe, 24. Juni. Der Ausschuss für Zwangswirtschaft setzte heute seine Beratungen fort. Behandelt wurde zunächst die Milchfrage. Die Ansicht ging übereinstimmend dahin, daß eine Beseitigung der Zwangswirtschaft der Milch nicht ratsam sei. Die Sicherstellung der notwendigen Milchmenge für die Städte, für Kinder, Kranke, werdende und stillende Mütter wird auch weiterhin nur auf dem Wege der Zwangswirtschaft möglich sein. Was in Zukunft zu tun sein wird und welche

Sicherungen beim Abbau zu beobachten sind, das wird späterer Entscheidung vorbehalten sein. Bezüglich der künftigen Gestaltung der Milchkontrolle werden neue Grundzüge aufgestellt, die in die Praxis umgesetzt, einen Ausgleich der Interessen der Erzeuger und Verbraucher ermöglichen. Betreffs der tierischen Fette wird gleichfalls die Aufhebung der Zwangswirtschaft befürwortet; diese Maßnahme ist nur eine natürliche Folge der Abschaffung der Fleischbewirtschaftung. Des weiteren wird die Bewirtschaftung der Futtermittel besprochen und dabei die Aufhebung der Landesfuttermittelstelle angeregt.

Die badischen Nebenbahnen.

Karlsruhe, 24. Juni. Der Haushaltsausschuss des Landtags befaßte sich mit der bedrängten finanziellen Lage der bad. Nebenbahnen und beschloß die Fortführung dieser Bahnen vorläufig vom 1. Juli bis Ende September 1920 durch die Gewährung von Zuschüssen zu ermöglichen, wenn die Direktoren der Bahnen eine Basis finden, auf der sich weitere Verhandlungen führen lassen. Den Betriebsleitungen der Nebenbahnen soll nahegelegt werden, alles aufzuwenden, um die Fortführung ihrer Bahnen über den 1. Oktober hinaus zu sichern.

Aus Nah und Fern.

z Sinsheim, 24. Juni. (Realschule-Elternbeirat.) Am Mittwoch Nachmittag fand im Zeichenaal der Realschule eine Elternversammlung statt, die trotz der drängenden Feldarbeiten einen guten Besuch von hier und auswärts aufwies. Gleich nach Eröffnung erhielt das Wort Herr Prof. Dr. Bergmann, der in längerem wohlüberlegtem Vortrag über „das Verhältnis von Schule und Haus“ sprach. Nach dem katastrophalen Niederschlag nicht nur materieller, sondern mehr noch seelischer Art sind Eltern, Haus und Schule die Grundpfeiler, von denen Deutschland seine Erneuerung erhofft. Beide haben gleiche Ziele und müssen zum geistigen Wiederaufbau Hand in Hand arbeiten. Was die neue Zeit in Schule und Haus in den Vordergrund stellt, ist nicht mehr die Autorität, die sich nur auf Strafen und Gewalt stützt, sondern die Persönlichkeit des Lehrers und des Schülers. Im Sinne dieser Richtlinien erörterte der Redner dann die letzten ministeriellen Verordnungen über Schullehrer und Elternbeiräte. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine klaren und wahrherzigen Ausführungen. Im Anschluß daran ging man zur Ausführung des ministeriellen Erlasses betr. Elternbeiräte über. Die Elternversammlung beschloß nach längerer Debatte mit überwiegender Mehrheit, keinen besonderen Beirat zu gründen, sondern den bestehenden Beirat durch Zuwahl von 6 Elternvertretern zu erweitern. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: als Beiräte die Herren Drehermstr. Lehmann-Sinsheim, Architekt Huber-Sinsheim, Pfarrer Viehwauer-Rohrbach, Pfarrer Niederer-Meckesheim und die Frauen Gg. Haugmaier-Sinsheim und Steder-Richardt, als Vertreter die Herren Oberförster Wittmann, Zimmerstr. Gahmann und Frau Schneid von Sinsheim. Am 1/26 Uhr wurde die erfolgreich verlaufene Versammlung geschlossen.

Die Bezugserneuerung

für das III. Quartal eilt!

Unsere Postabonnenten wollen damit nicht bis in die letzten Tage des Monats warten, sondern im Hinblick auf die bestehenden Verkehrsschwierigkeiten im Interesse einer ununterbrochenen Zustellung bei unsern Austrägern oder dem Postamt

den Landboten sofort bestellen!

Sinsheim, 23. Juni. (Postkarten zur Drucksachengebühr von 10 Pfg.) Die Erhöhung der Postgebühren bringt es mit sich, daß jedermann darauf bedacht sein muß, seinen Postverkehr so billig als möglich zu gestalten oder tünlichst einzuschränken. Im Zusammenhang mit diesen berechtigten Bestrebungen möchten wir darauf hinweisen, daß Postkarten nicht unter allen Umständen mit 30 Pfg. freigemacht werden müssen. Ansichtskarten und Gratulationskarten können in ganz Deutschland für 10 Pfg. verschickt werden, wenn sie außer der Adresse des Empfängers nicht mehr als 5 Worte für Mitteilungen enthalten.

Sinsheim, 24. Juni. (Fälligkeit der Militärrenten am 29. Juni.) Die Empfänger von Militärrenten sind daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gehältnisse bei den Postanstalten am 29. Juni stattfindet. Zur Vermeidung von Weiterungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Beträge noch im Fälligkeitsmonat abzuheben.

Sinsheim, 25. Juni. (Theater.) Leo Falls zugkräftige Operette „Die Rose von Stambul“ die ihren Siegeszug über alle deutschen Bühnen angetreten, in fremde Sprachen übersetzt auch im Ausland gegeben und verfilmt wurde, soll demnächst auch bei uns zur Aufführung gelangen. „Die Frankfurter Operettengesellschaft“ hat das alleinige Aufführungsrecht der Operette für Sinsheim erworben und eine Anzahl erstklassiger Gesangskräfte dafür verpflichtet. Wir hoffen, daß die Vorstellung in Anbetracht der hohen damit verknüpften Kosten auch bei uns ein volles Haus finden wird. Karten sind von heute ab im „Löwen“ zu haben.

(Sinsheim, 25. Juni. (Schafweide.) Bei der gestern erfolgten Abstimmung der Landwirte über Wiedereinführung der Schafweide sprach sich der überwiegende Teil gegen dieselbe aus.

Sinsheim, 23. Juni. (Beginn der Getreideernte.) Heute wurde die erste Fuhre Halmfrucht (Wintergerste) in vorzüglichem Dürzustande eingebracht. — Inzwischen ist auch der letzte Rest Wiesenheu, das wie der erste Kleeschnitt in Bezug auf Menge und Güte zur besten Zufriedenheit der Landwirte ausgefallen war, unter Dach gekommen. Sehr zu wünschen wäre jetzt nach der allzulangen Trockenheit ein ausgiebiger Regen, der dem Nachfütter, überhaupt allen Feldgewächsen sehr zustatten käme.

(Sinsheim, 23. Juni. (Der Steuerabzug für Dienstboten.) Es ist in den Haushaltungen, in denen Dienstboten angestellt sind, lange noch nicht genügend bekannt, daß die Bestimmungen über die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn am 25. Juni 1920 in Kraft treten. Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch den Arbeitgebern überlassen werden. Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzukleben und zu entwerten. Der durch den Arbeitgeber vorzunehmende Steuerabzug beträgt für Hausangestellte 20 v. H. des Barlohns. Der Verband Deutscher Hausverwalter macht nun auf Grund von Auskünften, die er im Reichsfinanzministerium erhalten hat, ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es eine Umgehung der Gesetzesvorschriften bedeuten würde, wenn der Haushaltsvorstand die Steuerquote nicht in Abzug brächte, sondern selbst bezahlte. Wiederholte Schenkung gilt als Einkommen und ist dementsprechend auch steuerpflichtig. Im Paragraph 5 der Abgabeordnung ist ausdrücklich betont, daß die Steuerpflicht nicht umgangen oder gemindert werden

kann durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bezüglichen Rechts. Die Haushaltungsangestellten dürfen also nicht die Steuer auf den Arbeitgeber abwälzen.

Sinsheim, 24. Juni. (Verschiedenes.) Bei der gestrigen Ausschusssitzung kam es zu einem peinlichen Zwischenfall, indem ein Bürgerausschussmitglied den Bürgermeister in gröbster Weise beleidigte. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben. — Der Ausschuss lehnte die Vorlage des Gemeinderats um Anschaffung eines Geläutes ab. — Die Erwerbslosenzahl beträgt 33.

Reidenstein, 22. Juni. (Hochherzige Spende.) Eine in den 70er Jahren nach Amerika ausgewanderte, hier in dürftigen Verhältnissen aufgewachsene Reidensteinerin Frau S. E. Lowy, wohnhaft in Jersey-City bei New York, sandte an das hiesige Bürgermeisterramt die Summe von 5000 Mark mit der Bestimmung, solche an bedürftige Einwohner ohne Unterschied der Konfession zu verteilen.

Reidenstein, 22. Juni. (Einbruch diebstahl.) Verfl. Woge wurden aus der Getreidelagerhalle der Firma W. und J. Friedberger, am Bahnhof dahier, 2-3 Zentner Mehl, ein Treibriemen, 8 Meter lang, und eine 50 Quadratmeter große Wagendecke gestohlen. Die Diebe gelangten in den Innenraum, indem sie die Scheibe eines Oberfensters einschlugen und durch zurückschieben des Riegels das Fenster öffnen konnten. Beim Verlassen der Halle entfernten sie sich durch eine von innen geöffnete Tür, die man offensichtlich fand, als der Diebstahl entdeckt wurde.

Heimstadt, 21. Juni. (Lagerhaus.) Zu den entlang des hiesigen Bahnhofes stehenden Getreide- und Holzlagerhäusern ist nun auch ein Lagerhaus der hiesigen landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft gekommen, erbaut unterhalb der Güterrampe.

aus Baden, 23. Juni. (Frostschaden.) Obwohl die Eisheiligen schon längst vorüber sind und man mit einer Schädigung durch Frostgefahr nach menschlichem Ermessen nicht mehr gerechnet hat, brachten die Tage im ersten Junidrittel nicht unerhebliche Kältegrade, sodaß in verschiedenen Teilen des Landes erste Schädigungen der Feldfrüchte hervorgerufen worden sind. Diese Schädigungen sind umso schmerzlicher als gerade in diesem Jahre eine frühzeitige und ausgiebige Ernte wünschenswerter war denn je zur Sehung der allgemeinen Ernährung und infolgedessen schmerzlicher, da sie besonders stark die Frühkartoffeln und die Busch- und Stangenbohnen getroffen haben. So sind z. B. in der Gegend von Graben-Neudorf bis fast hinunter nach Lampertheim sämtliche Frühkartoffeln in der Ebene mehr oder weniger stark durch Frost beschädigt worden, sodaß nicht nur die Spitzen, sondern die ganzen Stöcke ziemlich braun infolge der Frostwirkung geworden sind. Daß dadurch natürlich der Ertrag nachteilig beeinflusst wird, liegt ohne weiteres auf der Hand; denn ein derartiger Eingriff in das wachsende Leben einer Pflanze schädigt die Produktionsmöglichkeit besonders stark. Am härtesten werden wohl diejenigen Kartoffelfelder betroffen sein, die bereits in Blüte oder am Beginn der Blüte gestanden haben. Dasselbe gilt auch für die Buschbohnen, die dadurch in ihrer Entwicklung um mehrere Wochen zurückgeworfen worden sind. Auch der junge Mais hat nicht unerhebliche Schädigungen erlitten, wogegen dieser infolge seiner langen Wachstumsperiode noch genügend Zeit hat, diesen Schaden auszuweihen. Roggen, Hafer und Gerste haben wohl verblüht gehabt, sodaß eine ernste Schädigung nicht mehr zu befürchten war. Dagegen kann der Frost noch sehr wohl den Wollschafwollern Schaden zugefügt haben. Die Frühkartoffelernte wird deshalb wohl sich um einige 8-10 Tage verzögern, ganz abgesehen davon, daß der Ertrag, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt hat, zurückgehen wird.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

§ Vom Lande, 20. Juni. (Keine Belästigung der Kraftwagen!) Die Belästigungen von Autoverreisenden nehmen immer größeren Umfang an. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Insassen von Personenkraftwagen bei der Durchfahrt durch Dörfer und Vororte der Städte durch Steinwürfe und andere Wurfmittel erheblich verletzt wurden. Es scheint, daß jeder, der heute in einem Auto fährt, für einen Schieber gehalten wird, an dem ein wenig Volksjustiz geübt werden müsse. Obwohl man auch draußen wissen könnte, daß heute im Zeichen des Preisabbaus das Schieben eingermaßen unrentabel geworden ist, daß der Kraftwagen bei ungeraten immer noch unzulänglichen Verkehrszuständen als ein Beförderungsmittel in dringlichen Geschäftsanlagen benützt werden muß. Es wäre zu wünschen, daß durch Aufklärung in der Schule und durch Wahrung der Polizeibehörden dem immer noch wachsenden Unfug Einhalt geboten würde.

Karlsruhe, 24. Juni. (Die Bewirtschaftung von Brotgetreide und Gerste im neuen Wirtschaftsjahr.) Die neue Reichsgetreideordnung geht davon aus, daß die Bewirtschaftung von Brotgetreide und Gerste im kommenden Erntejahr in derselben Weise wie bisher zu erfolgen hat.

Donaueschingen, 23. Juni. (Eingehen von Gymnasien.) Nach Blättermeldungen trägt sich das Unterrichtsministerium mit dem Gedanken, außer dem hiesigen Gymnasium auch die Gymnasien in Wertheim und Lorch, die drei kleinsten des Landes, wegen schwachen Besuches eingehen zu lassen.

Schopfheim, 24. Juni. (Uebervorfahren.) Der Straßwärtter Dagobert Haug in Doffenbach geriet beim Hufeinfahren unter sein Fuhrwerk. Es wurden ihm beide Beine abgefahren.

Landau i. Pf., 22. Juni. (Doppelmord.) Der in den 30er Jahren stehende, in Sinsheim wohnende Mechaniker Haug suchte eine von ihm getrennt lebende Ehefrau in deren Wohnung in Steinweiler auf.

Steinbrunn, 22. Juni. (Von Wilderern erschossen.) Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde der erst seit 4 Wochen hier stationierte Forstwart Meßger erschossen.

Darmstadt, 22. Juni. (Blitzschlag in eine Schafherde.) Großen Schaden durch Blitzschlag erlitten mehrere Landwirte von Obermörlen am Samstag. 82 Schafe, die der Schäfer während der Mittagszeit in das Feld unter einen Nußbaum geführt hatte, wurden von einem plötzlich eingetretenen Gewitter überrascht und durch Blitzschlag fast alle getötet.

Mainz, 23. Juni. (Die Explosion des Munitionsdepots Uhlhorn.) Heute Nacht gegen 11 Uhr explodierte auf bisher unaufgeklärte Weise ein Teil des Munitionsdepots Uhlhorn. Der Luftdruck war so stark, daß in den über 2 Kilom. weit entfernt gelegenen Orten Budenheim und Heidesheim tausende von Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Altona, 22. Juni. (Ein trauriges Subjekt.) Wegen empörender Soldatenmißhandlungen verhandelte das Kriegsgericht der früheren 18. Division in Altona gegen den Untersuchungsgefangenen früheren Bismarckwägel Hermann Tietjens. Er führte in Kriegsgefangenschaft eine Kompanie deutscher Kriegsgefangener. Statt das Los seiner Landsleute zu erleichtern, verkaufte er sie geradezu, wie ein Zeuge es nennt, an die Engländer und behandelte sie in der verabscheuenswürdigsten Weise.

Legte Drahtmeldungen des „Landboten“.

W Berlin, 25. Juni. Den Abendblättern zufolge kann als feststehend angegeben werden, daß das Kabinett Zehrenbach auf der Grundlage der bürgerlichen Mitte zu Stande kommt.

W Berlin, 25. Juni. Während die Voss. Ztg. und das B. L. die Kabinettsbildung als abgeschlossen ansehen, jagt die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts schleunigst zu Stande zu bringen, bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Sinsheim läßt am Samstag, den 26. Juni 1920, vorm. 11 Uhr einen großen Wirtschaftsherd mit Wasserversorgung, einen großen Kachelofen und sonstige Gegenstände im „Pfälzer Hof“ dahier gegen Barzahlung öffentlich versteigern.

Bürgermeisteramt Sinsheim.

Kalk zum Anstreichen der Stallungen usw. kann eimerweise in der Fabrik abgeholt werden. Bad. Eisen- & Blechwarenfabrik, Sinsheim.

Frankfurter Operettengesellschaft. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr im Saalbau „zum Löwen“ in Sinsheim. Nur einmaliges Gastspiel! DIE ROSE VON STAMBUL. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Welt-Kino Sinsheim. Gasthaus z. Krokodil. Spielplan für Samstag 26., Sonntag 27. und Montag 28. Juni. Maximum. Schauspiel in 5 Akten von Graf Hagenried. Zwei nette Rangen. Lustspiel in 3 Akten von Findig, Detektiv.

Sehr vorteilhafte Damen-Confektion. Blusen aus Kattun, Mußlin etc. 62, 54, 39.-. Blusen aus Baumwollflanell etc. 44, 36, 28.-. Blusen aus weis Mull und Voile 47.-. Blusen aus Seide und Seidencrepe 130, 98, 75.-.

Reichswaren in Damenwäsche, Kinderwaschanzüge, Tricotagen, welschen Stickerelaststoffen etc. besonders preiswert. E. SPEISER Sinsheim. — Fernsprecher 12.

Herald will aus guter Quelle erfahren haben, die Konferenz von Spaa wird wegen der ungeklärten Lage in Deutschland jedenfalls noch einmal verschoben werden.

W Köln, 25. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlandkommission den 10% Lohnabzug genehmigt habe.

W Berlin, 25. Juni. Die Voss. Ztg. meldet aus Bremen zu den Lebensmittelkrawallen, daß die Warenbesitzer auf dem Markte von der Menge gezwungen wurden, ihre Waren zu vom Volke festgesetzten Preisen abzugeben.

W Bremen, 25. Juni. Die Lebensmittelkrawallen verstärkten sich über Mittag sehr, jedoch die Polizei die besonders lebhaften Ladenstraßen für den allgemeinen Verkehr sperrte.

W Berlin, 25. Juni. Der durch die Plünderungen in Krefeld angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

W Stettin, 25. Juni. Der Landarbäckerstreik im Regierungsbezirk Köslin umfaßt, dem Generalanzeiger zufolge, bis jetzt ungefähr 150-200 Güter, davon im Kreise Stolz 100.

W Amsterdam, 25. Juni. Wie aus London gemeldet wird, hielten in London die Schieberen zwischen Unabhängigen und Sinnfeinern in der Nacht vom 23. auf 24. Juni an.

W Mailand 25. Juni. (Stefani.) Nach den Blättern haben die Eisenbahner die Arbeit gestern Morgen wieder aufgenommen.

Evangelischer Gottesdienst.

4. Sonntag n. Tr. 27. Juni 1920.

1/210 Uhr: Gottesdienst Vikar Schultheiß
1/211 Uhr: Kindergottesdienst
1/22 Uhr: Christenlehre.

Antliche Kurze

Table with 2 columns: Description and Price. Includes items like 5 % Kriegsanleihe, 4 % Bad. Eisen. Anl., 3 1/2 % do. cono., 4 % Bayern, 5 % Württemberger, Allgem. El. Akt., Paketfahrt, Nordd. Lloyd, Böhmer, Bad. Anilin u. Soda Akt., Deutsche Kali-Akt., Devise Schweiz 100 Francs, Holland 100 Gulden.

Ein billiges Korsett v. 20 Mk. an in 2-3 Tagen fertige aus jedem Stoff, wie Militärdrell, Hosen, Hemden, Servietten, sämtlichen Stoffresten usw. R. Unterwagner. Annahme: Heidelberg, Sanitätsst. Unterwagner, Bergheimerstraße 1a.

Nach Beschluß der freien Räder-Zunftung Bezirk Sinsheim kostet das Faspuken. von heute an: Fässer bis zu 50 Liter 1.- Mark, Fässer von 50 bis 100 Liter 1.50, " 100 " 200 " 2.-, " 200 " 300 " 3.-, " 300 " 400 " 4.-, " 400 " 600 " 5.-, Türlesäß zum schlupfen bis zu 1000 " 8.-, Für schimmelige Fässer 50% Zuschlag.

Wein- und Mostfässer in allen Größen zu konkurrenzlosen Preisen abzugeben. Heidelberger Fasshandlung G. Hornung Heidelberg, Untere Str. 16. Fernruf 2680.

Kirschen Gaiberger, Ertragnis von 5 Bäumen auf dem Baum zu verkaufen Karl Vogt I, Nersbach. Mädchen für einf. Haushalt, bei familiärer Behandlung und guter Bezahlung zu sofort. Eintritt gesucht. E. Weingand, Puzgelsch., Karlsruhe Philippstraße 1.

Lebendfrische Seefische treffen voraussichtlich bis Dienstag wieder ein. With. Seeder.

Wäschen und Umformen von Sommer- und Winterhüten jetzt besonders schnell. Elsa Faul, Heidelberg.

Deutsche demokr. Partei Ortsverein Sinsheim. Heute Freitag Abend 8 Uhr Stammtisch Hotel Post.